Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 14. bis 20 Okt. 150 Mill. Mk., durch die Post 20 Mill. Mk. ohne Zustell.-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft i. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 25 Mill. Mk. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 120 Mill. Mk. f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Krob, Halle.

Einzelpreis 30 Mill. Mk. | Montag, den 15. Oktober 1923 | 3. Jahrgang Nr. 235-241

Graf Westarp, deutschnationaler Junker, im Reichstag am 8. Oktober 1923:

„Deutschland droht bei gefüllten Scheunen zu verhungern!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231015-16/fragment/page=0001

Das wahre Ziel

Das Ermächtigungsgesetz will wirtschaftlich die Ausbeutung und Versklavung der Arbeiterklasse bis zum Weißbluten verschärfen und politisch die Diktatur der Weißen Generale „legalisieren". Es ist längst offenkundig, daß sich diese Diktatur in erster Reihe auch gegen die Arbeiter-Regierung in Sachsen richtet, die den Bürgerlichen ein schwerer Stein des Anstoßes ist. Um Sachsen nicht zu einer staatlich stark ausgebauten und befestigten Position der Arbeiterklasse werden zu lassen, gibt man den Militärbefehlshabern alle Gewalt in die Hand, ihre gegenrevolutionären Ziele durchzuführen. Daher der Aufmarsch der bayrischen und sächsischen Faszisten, gefördert vom General Müller, der seine Weißen Truppen auffüllt und die proletarischen Hundertschaften auflöst, um das Bollwerk des Proletariats mit stürmender Hand zu nehmen. „Stahlhelm" und „Wehrwolf" sind ihm dabei willkommene Helfershelfer. Aber im Sächsischen Landtag haben ja unsere Genossen mitsamt der Regierung erklärt, daß sie auf alle Fälle gerüstet sind. Die Regierung der proletarischen Verteidigung wird Brückenköpfe bauen und mit der Unterstützung Rußlands die Sache der Arbeiter sichern. Die gesamte deutsche Arbeiterschaft wird dabei auch unter schwersten Opfern ihre Unterstützung nicht versagen. Wie aus den Betrieben mitgeteilt wird, brennt es überall und die Arbeiter bilden Aktionsausschüsse, um den Abwehrkampf gegen ihre Feinde aufzunehmen. Die neuerlichen Verbote, die der Militärbefehlshaber deshalb auch in Sachsen gegen die kommunistische Presse und die proletarischen Kongresse ausgesprochen hat, werden uns dabei kein Hindernis sein. Die Reaktion ist bis an die Zähne bewaffnet aufmarschiert. Ihre Truppen stehen zum Niederschlagen des Proletariats überall bereit. Die Umgegend von Berlin, von Dresden, von Stettin usw. trägt die deutlichen Spuren aller militärischen Vorbereitungen. Auch aus Hamburg geht uns die Nachricht zu, daß dort in der ganzen Umgegend, in Pinneberg, Wintorf usw. Reichswehr zusammengezogen und einquartiert ist. Soll das Proletariat den Vorbereitungen des Mordes untätig und ungerüstet gegenüberstehen? Das können nicht einmal die ehrlichen Pazifisten verlangen, sondern nur die Todfeinde des Proletariats, die die Diktatur des Weißen Schreckens über die Arbeiterklasse verhängt haben.

Die bayrische Regierungspresse rühmt sich, daß die Machtmittel der bayrischen Regierung heute bereits größer seien als die der Reichsregierung. Beide vereint werden unter der Hakenkreuzfahne Hitlers das „große Unternehmen" gegen die Arbeiterschaft durchführen. Die bayrische Opposition gegen das Ermächtigungsgesetz war nur ein Bluff. Sie alle sind sich einig, mit Hilfe dieser außerparlamentarischen Diktatur aus der Haut des Proletariats Riemen zu schneiden. Mit wie verteufelten Lügen die bürgerliche Sippschaft den Arbeitern das Ermächtigungsgesetz bis zum letzten Augenblick schmackhaft zu machen suchte (während die Regierung es den Abgeordneten unter Drohung der Reichstagsauflösung und des Diätenverlustes aufzuzwingen suchte), geht beispielsweise aus einer von Heuchelei überfließenden Beeinflussungsnote des „Berliner Tageblatts", in der das Ermächtigungsgesetz als ein Versuch bezeichnet wird, „wieder gutes Geld zu schaffen, Brot und Kohle zu verbilligen, die Produktion zu steigern". Letzteres ganz gewiß. Die Einführung des Zwölfstundentages wird ja auch ohnedies den kapitalistischen Gewalthabern Herzensbedürfnis sein. Aber das „gute Geld" und das „billige Brot" — da lachen selbst die Hühner, wenn davon die jetzige Regierung des Bankrotts mit ihren Diktaturgelüsten fabelt. Die Kommunisten seien gegen das Diktaturgesetz, „damit nur ja nicht denen, die hungern und frieren, Hilfe gebracht werden kann" — schreibt weiter dieser Lügenschmok des demokratischen Blattes, der auf der dritten Seite derselben Nummer (481) zugeben muß, daß bei der herrschenden Teuerung und der Entwertung der Papiermark und der unausbleiblichen Verteuerung der Brotnahrung den Massen nur die „Wahl zwischen Verelendung oder Hungerrevolten" bleibe.

Diese Hungerrevolten mehren sich von Tag zu Tag und es müssen schon ganz verblödete Rechtspolitiker sein, die die Schuld daran „kommunistischen Drahtzziehern" zuschieben, wie es zum Beispiel im „Tag" geschieht. Die letzten Meldungen Teuerungsunruhen, bei denen es auch Tote und Verwundete nebst zahlreichen Verhaftungen gab, kommen aus verschiedenen Berliner Stadtteilen, sowie aus rheinischen Städten. Statt aber gegen Wucher und Preistreiberei vorzugehen, die Produktion zu erfassen und für eine angemessene Verteilung zu sorgen, verbietet man sogar unter schwersten Strafandrohungen den einzigen proletarischen Befehl gegen den Hungertod, die Kontrollausschüsse, und verlangt, daß die Massen hilf- und wehrlos wie stumme Hunde verrecken. Es wird aber dafür gesorgt werden, daß nicht das Proletariat, sondern seine Klassenfeinde, die es ausbeuten und bewuchern, schließlich auf der Strecke bleiben.

Es geht politisch und wirtschaftlich um Leben und Sterben des Proletariats. Das Ziel der Gegenrevolution muß mit allen Mitteln verhindert, der Existenzkampf der Arbeiterschaft mit Aufbietung aller Kräfte geführt werden, damit statt des Massensterbens neues Leben erobert wird!

Streikdrohung der Bergarbeiter

WTB. Cöthen, 14. Oktober.

Heute tagte hier unter dem Vorsitz der Bergarbeiterverbandsführer Behrens und Hesse aus Halle eine Vollkonferenz der Gewerkschaftsfunktionäre für den Braunkohlenbergbau Mitteldeutschlands. Die Bezirke Halle, Senftenberg, Zeitz, Hildesheim waren durch 170 Delegierte vertreten. Nach ausgiebiger, außerordentlich erregter Debatte wurde eine ultimative Entschließung einstimmig angenommen. Nach dieser sind die vertragschließenden Organisationen aufgefordert worden, über alle Streitfragen bis Mittwoch mittag 12 Uhr endgültig zu verhandeln. Für den Fall einer ablehnenden Haltung des Arbeitgeberverbandes sind die Organisationsführer beauftragt worden, nach Ablauf des Ultimatums die letzten gewerkschaftlichen Mittel anzuwenden. Außerdem wurde beschlossen, daß die Braunkohlenbergarbeiter grundsätzlich bereit sind, wenn die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse es erfordern, mehr Arbeit zu leisten, wenn eine solche Vereinbarung zwischen den vertragschließenden Organisationen beschlossen wird. Zurzeit werden diese Maßnahmen als nicht gegeben betrachtet. — Für den Fall der Anwendung des letzten gewerkschaftlichen Mittels steht zu erwarten, daß über 200 000 Bergarbeiter am Streik beteiligt sind.

*

Wir halten es nicht für möglich, daß die Bergarbeiter sich zur Verlängerung der Arbeitszeit bereit erklärt haben sollen. Sollten die Delegierten zur Mehrarbeit, also zur Beseitigung des Achtstundentags, ihre Zustimmung gegeben haben, so müssen sie von den Massen der Bergarbeiter aus ihren Positionen gejagt werden, dann haben sie angesichts der eingeführten Kurzarbeit und Entlassungen den schmählichsten Verrat an den Arbeitern begangen. Wir begrüßen den Schritt des Bergarbeiterverbandes, machen heute aber erneut darauf aufmerksam, daß nur ein geschlossener Massenkampf zum Siege führen kann.

Das Donnergrollen der herannahenden Revolution

Die Durchführung des Stinnes-Programms, Mehrarbeit und weniger Lohn bei täglichen, ja stündlichen Preissteigerungen, die ungeheure Not der Arbeiterschaft, die bei Hungerrationen, die sie sich bei diesen Löhnen nur beschaffen können, mehr und länger arbeiten sollen, haben die arbeitenden Massen in Bewegung gebracht. In vielen Betrieben haben Belegschaftsversammlungen stattgefunden, die sich mit der wirtschaftlichen und politischen Lage befaßten. Ueberall kam die Verzweiflung und die Wille zum Kampf zum Ausdruck.

Von den uns während der Verbotszeit zahlreich zugegangenen Willenskundgebungen veröffentlichen wir einige:

Für den sofortigen Generalstreik

Ammendorf, 12. Oktober.

Die Belegschaft der Fa. „Ammendorfer Maschinen- und Feilenfabrik" in Ammendorf nahm in einer Betriebsversammlung am 12. Oktober Stellung zur wirtschaftlichen Lage. Es wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen und an den ADGB. abgeschickt:

Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft ist bis zum Unerträglichen gestiegen. Die Arbeiter eines einzelnen Betriebes oder einer einzelnen Organisation sind nicht in der Lage, eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuführen. Der Kampf muß zentral über das ganze Reich geführt werden. Wir verlangen daher vom ADGB., daß die gesamte Arbeiterschaft zum sofortigen Generalstreik aufgerufen wird mit der Forderung: „Bildung einer Regierung des werktätigen Volkes", denn nur dadurch ist eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu erwarten.

Für die Arbeiterschaft der Ammendorfer Maschinen- und Feilenfabrik J. A.: Paul Koch.

Für die Arbeiter-Regierung

Eilenburg, 11. Oktober.

Die Mitgliederversammlung am 10. Oktober, des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Zahlstelle Eilenburg, beschloß einstimmig nachstehende

Resolution:

Die Zuspitzung der politischen Lage in den letzten Tagen, das immer frechere Auftreten der Reaktion, zeigt uns klar die Gefahren, die dem deutschen Proletariat drohen.

Durch die Beseitigung der letzten Errungenschaften der Revolution soll die Bahn frei gemacht werden zur rigorosen Ausbeutung und weiteren Versklavung der Arbeiterschaft.

Nur die Herstellung der Einheitsfront aller Werktätigen ist in der Lage, diesen Schlag zu parieren.

In Erkenntnis dieser Sachlage, fordern wir den ADGB. auf, mit den beiden politischen Arbeiterparteien (SPD. und USPD.) unverzüglich in Verbindung zu treten zwecks Schaffung einer gemeinsamen Grundlage zur Verwirklichung nachstehender Forderungen:

1. **Aufhebung des Belagerungszustandes und Beseitigung der Militärdiktatur.**
2. **Unbedingte Sicherung des Achtstundentages.**
3. **Entwaffnung der Konterrevolution und Bildung gemeinsamer Abwehrformationen.**
4. **Kampf gegen jede Koalition und Bildung einer Arbeiter-Regierung.**
5. **Sofortige Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses.**

Mitgliederversammlung des DEV., Eilenburg.

Für den Reichsbetriebsrätekongreß

Bitterfeld, 12. Oktober.

Die Belegschaft der „Mainthal Elektro-Werke", Bitterfeld, nahm einstimmig nachstehende Entschließung an:

„Die am Freitag versammelte Belegschaft der Mainthal-Werke fordert vom ADGB. angesichts der ungeheuren Gefahren, denen das Proletariat gegenübersteht, die sofortige Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses in Gemeinschaft mit dem Reichsbetriebsrätebeirat und Reichsausschuß. Der Reichsbetriebsrätekongreß soll Kampfmaßnahmen beschließen zur Abwehr der Konterrevolution, Beseitigung der Militärdiktatur und des Ausnahmezustandes, zur Erhaltung des Achtstundentages, zur Sicherstellung der Existenz des Proletariats, zur Aufrichtung einer proletarischen Regierung.

Zur Vorbereitung des Reichsbetriebsräte-Kongresses ruft Bezirk Halle-Merseburg fordert die Belegschaft vom Bezirkssekretariat des ADGB. und der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale die Einberufung eines Bezirksbetriebsrätekongresses."

Demonstration im Leunawerk

Der Belegschaft des Leunawerkes sollte zunächst 1½ Milliarde am Freitag ausgezahlt werden. Als die Vertrauensmänner dieses der Belegschaft mitteilten, wurde die Forderung von 10 Milliarden erhoben. Die Belegschaft rückte dem Betriebsrat vor die Bude und forderte ihn auf, diese Forderung bei der Direktion zu vertreten. Das Mitglied des Betriebsrates Augusta (USPD.), glaubte die Interessen der Belegschaft dadurch am besten zu vertreten, daß er ihr erklärte: „Ihr müßt doch wissen, daß die Direktion so viel Geld nicht zur Verfügung hat." Auf die Frage nach der Stellung des Betriebsrates antwortete er: Das ginge den fragenden Kollegen gar nichts an. Die Einberufung einer Belegschaftsversammlung lehnte er ab, da er der Belegschaft nicht die Einbuße eines Stundenlohnes zumuten kann. Auf Grund der Demonstration wurden den Arbeitern 2 Milliarden ausgezahlt. Die Arbeiter, die weiter entfernt wohnen, müssen in dieser Woche für ihre Wochenkarte allein nahezu eine Milliarde zahlen, so daß ihnen nur eine Milliarde verbleibt.

Die Hungerlöhne

Für die Bourgeoisie sind zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaft 15 Millionen Menschen in Deutschland zu viel, die auswandern müssen. Wohin auswandern? Sie haben nur einen Weg, den Weg nach dem Kirchhof. Und die Bourgeoisie schickt seit Jahren das Proletariat diesen Weg. Zunächst kamen die Alten, die Rentner, die Kriegsbeschädigten an die Reihe, die mit ihren Hungerrenten verhungerten. Noch nie war die Zahl der Selbstmorde aus Nahrungssorgen und die Zahl der Todesfälle wegen Unterernährung so groß als jetzt. Doch jetzt geht das Unternehmertum zum Generalangriff über, jetzt sollen auch noch die im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter zum großen Teil auf diesen Weg gedrängt werden.

In der Chemischen Fabrik Griesheim-Elektron in Bitterfeld erhielten die Arbeiter in der Woche vom 1. bis 8. Oktober 1 520 000 000 Mark. Die Arbeiter des Abraum-Betriebes Wittkopf der Grube „Augusta" erhielten 500 000 000 Mark. Die hallischen Metallarbeiter bekamen in der Vorwoche einen Stundenlohn von 31 000 000 Mark. Sie hatten bereits einen Vorschuß von 1½ Milliarden, so daß die im Stundenlohn arbeitenden Metallarbeiter keinen Lohn erhielten, sondern schon wieder Vorschuß für diese Woche nehmen mußten. In dieser Woche haben die Metallarbeiter einen Stundenlohn von 95 Millionen, also gut das Dreifache gegenüber der Vorwoche, so daß sie am nächsten Freitag rund 4½ Milliarden nach Hause bringen werden. Was damit die Hausfrauen anfangen sollen, das wird ihnen kein Unternehmer sagen können.

Es wird die höchste Zeit, daß dieses System zum Teufel gejagt wird.

Feierschichten im Mansfelder Bergrevier

Mansfeld, 13. Oktober.

Die Mansfeld A.-G. legte ab 11. Oktober pro Woche zwei Feierschichten ein. Unter den Arbeitern herrscht eine ungeheure Erregung. Sie verdienen zurzeit weniger als die Vollerwerbslosen Unterstützung erhalten.

Klassenkampf trotz alledem!

Heute erscheint der „Klassenkampf" wieder auf Kampfposten. Für acht Tage hat der Generalleutnant Müller als Kommandeur des Wehrkreises IV sein Erscheinen unterdrückt zur höheren Ehre der freiesten der Demokratien, in der die Freiheit des gesprochenen und geschriebenen Worts „verfassungsmäßig garantiert" ist.

Der Militärdiktator Müller hat das Verbot des „Klassenkampf" ausgesprochen, weil wir angeblich durch die Veröffentlichung eines Aufrufs der Kommunistischen Partei „nicht nur die Mitglieder der Reichsregierung beleidigt, sondern auch in schärfster Weise den Klassenhaß geschürt" und „die Arbeiterklasse gegen die Arbeitgeber gehetzt" hätten. Außerdem sei die „öffentliche Ruhe und Ordnung" durch die Aufforderung zur Bildung einer eisernen Front des Proletariats und zur Einsetzung von Abwehrausschüssen „schwer gefährdet" worden.

Der Herr Militärdiktator des Wehrkreises IV glaubt also, den proletarischen „Klassenkampf", den Haß der ausgebeuteten und ausgehungerten Proletarier gegen ihre Todfeinde, die Industrie- und Agrarkapitalisten verbieten zu müssen und zu können. Der Herr General glaubte offenbar, durch das Verbot des „Klassenkampf" und aller seiner Bruderblätter dokumentieren zu müssen, daß die Verhängung des Ausnahmezustandes erfolgte, um alle die durch die Militärdiktatur schützen zu können, die die große Masse der schaffenden und darbenden Volksmassen als ihre Todfeinde betrachtet.

Der Kommandeur des Wehrkreises IV will den proletarischen Klassenkampf, den Klassenhaß der Arbeiter gegen ihre kapitalistischen Ausbeuter verbieten. Herr General! Klassenkampf und Klassenhaß kann man nicht verbieten! Die ganze Menschheitsgeschichte ist eine Geschichte von Klassenkämpfen, des Kampfes der Bedrückten gegen ihre Bedrücker. Und auch Ihr Verbot des „Klassenkampf" ist ein Dokument des großen historischen Kampfes der großen immer unterdrückten Klasse der Arbeitenden und Notleidenden gegen ihre im Ueberfluß schwelgenden Unterdrücker. Klassenkampf und Klassenhaß wird es geben bis der Kampf der Klassen gegeneinander zu Ende gekämpft ist und es keine Klassen mehr gibt — bis durch den Sieg der revolutionären proletarischen Massen die Bahn freigemacht ist für den proletarischen Aufbau einer neuen Ordnung des Friedens und der Wohlfahrt aller, die dieser Ordnung dienen und nützen.

Der Herr Generalleutnant hat dem „Klassenkampf" acht Tage lang verboten, zu den Ereignissen Stellung zu nehmen und denen das Notwendige zu sagen, die ihn als ihren Bannerträger betrachten.

Durch das Verbot war der „Klassenkampf" gehindert, über den Verbrecherrat der Stinnes, Klöckner, Vögler und Konsorten zu berichten, die auf eigene Faust mit Degoutte, dem General Poincarés, verhandelten, um sich Vorteile auf Kosten des Reiches zu erschachern und mit Hilfe französischer Bajonette der Arbeiterschaft den Zehnstundentag aufzuzwingen.

Durch das Verbot wurde der „Klassenkampf" gehindert, zu wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der letzten acht Tage Stellung zu nehmen.

In der Verbotszeit des „Klassenkampf" konnten die industriellen und großagrarischen Profithyänen den Dollar von 550 Millionen auf 5½ Milliarden treiben.

In der Verbotszeit des „Klassenkampf" haben die Industriellen, die Großagrarier, die Wucherer und Schieber die Preise soweit in die Höhe getrieben, daß es selbst einem Vollarbeiter noch nicht möglich ist, für seine Familie das notwendige trockene Brot zu schaffen, von Margarine, Kartoffeln, Gemüse, Heizung und Kleidung gar nicht zu reden.

In der Verbotszeit des „Klassenkampf", in der Zeit also, in der wir „den Klassenhaß der Arbeiter gegen die Arbeitgeber" nicht schüren konnten, ist der Reallohn der Arbeiter so tief gedrückt worden, daß es sich für viele nicht mehr lohnt, zur Arbeitsstätte zu fahren, da die Ausgaben für Fahrgeld fast den ganzen Wochenlohn verschlingen.

Ohne daß der „Klassenkampf" hetzen und schüren konnte, ist der Klassenhaß gegen die Ausbeuter und Wucherer zur höchsten Erbitterung gestiegen. Es grollt und brodelt in den Tiefen. Vom Klassenhaß erfüllt sind heute nicht nur die Arbeiter — mehr als diese sind es heute die, die auf die Bourgeoisie und ihren Militärdiktator Müller noch ihre Hoffnung bisher setzen konnten. Auf die Beamten und die sonstigen Mittelschichten.

Heute sagen selbst die indifferentesten Beamten und ihre Frauen: „Der „Klassenkampf" ist verboten, weil die notleidende Bevölkerung die Wahrheit nicht erfahren soll."

Wir sind mit der Wirkung des Verbots zufrieden: Durch das Verbot haben selbst Bevölkerungsschichten Vertrauen zum „Klassenkampf" und die Kommunistische Partei gefaßt, die uns bisher noch zögernd und abwesend gegenüberstanden. Wir haben neue Leser gewonnen. In Scharen kommen die bisher indifferenten Arbeiter, Angestellten und Beamten in unsere Partei. Wir sind die Partei der großen notleidenden Massen. Die Militärdiktatur treibt uns die Massen zu.

Der „Klassenkampf" erscheint heute wieder. Er spricht zu denen, denen die Auswirkungen des Ausnahmezustandes die Augen geöffnet haben, die heute von Groll und Haß, dem heiligen Klassenhaß gegen die ausbeuterische kapitalistische Gesellschaft erfüllt sind.

Der „Klassenkampf" wird ihnen Wegweiser und Führer sein!

Was der „Klassenkampf" nicht berichten durfte

Acht Tage war der „Klassenkampf" verboten. Acht Tage, die für die Arbeiterschaft von einschneidender Bedeutung waren, in denen für die Arbeiterschaft wichtige Entscheidungen getroffen worden sind.

Der „Klassenkampf" durfte nicht berichten, daß der Dollar bis auf 7 Milliarden hinaufgeklettert war und daß nur durch weitere Verpulverung von Devisen aus Reichsmitteln der Dollar an ein paar Tagen etwas herabgedrückt worden ist. Trotzdem in den letzten Tagen an der Berliner Börse 100 Prozent und an der Frankfurter Börse 75 Prozent Devisen zugeteilt wurden, stiegen der Dollar und die Effekten weiter.

Der „Klassenkampf" durfte nicht mitteilen, daß am Donnerstag die Auflösung des Reichstages nur an einer einzigen Stimme hing und daß die Regierung und die Koalitionsparteien den Reichstag nur durch Verlegung der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz retten konnten.

Der „Klassenkampf" durfte nicht berichten, daß in Sachsen die Kommunisten in die Regierung hineingegangen sind und in den anderen Staaten der Sozialdemokratie das Angebot des Regierungseintritts gemacht haben.

Wir durften nicht berichten, daß in vielen Städten die hungernden Arbeiter Demonstrationen durchgeführt haben, daß in Kattowitz in Oberschlesien die Arbeiter, Angestellten und Beamten gemeinsam in den Streik getreten sind.

Wir durften nicht berichten, daß die Industriellen des Ruhrgebietes mit Wissen der Regierung mit Degoutte und Tirard über Reparationslieferungen, Beseitigung des Achtstundentages und Außerkraftsetzen der Demobilmachungsbestimmungen und des Betriebsrätegesetzes verhandelt haben. Degoutte lehnte die Einmischung in die deutsche Gesetzgebung ab.

Wir durften nicht berichten, daß Stinnes im engsten Einvernehmen mit dem Führer des Küstriner Putsches, Buchrucker, und mit dem rheinischen Landesverräter Smeets steht und sie unterstützt.

Jetzt sind wir wieder da und werden das der Arbeiterschaft sagen, was wir für notwendig halten und wenn es dem General Müller auch in die Ohren gellt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231015-16/fragment/page=0002

Das Eunuchen-Parlament

Das Ermächtigungsgesetz angenommen

Berlin, 18. Oktober.

Nach Eröffnung der heutigen Reichstagssitzung und Abgabe einiger Erklärungen wurde über das Ermächtigungsgesetz abgestimmt. Es wurden im ganzen 347 Karten abgegeben, davon lauteten 24 auf Nein, 316 auf Ja, 7 blaue Enthaltungszettel wurden abgegeben (darunter vom Abgeordneten Stinnes). Das Gesetz ist also mit der verfassungsmäßigen Zweidrittelmehrheit bei Anwesenheit von mehr als Zweidrittel der Gesamtmitglieder angenommen worden. Die „linken" Sozialdemokraten waren zum größten Teil im Saale geblieben und fügten sich dem Fraktionszwang auf Annahme des Gesetzes. Nur einige von ihnen waren der Sitzung ferngeblieben. Die 24 Stimmen der Reinsager rekrutierten sich aus den Reihen der Bayrischen Volkspartei. Die Kommunisten, Deutschnationalen, Deutschvölkischen und die beiden Unabhängigen hatten den Saal verlassen.

Die Drohung mit der Reichstagsauflösung hat also ihre Wirkung bei den parlamentarischen Diätenbeziehern nicht verfehlt.

Vor Beginn der Sitzung, an der auch der Reichskanzler Stresemann und die meisten Minister anwesend waren, stellte Genosse Stoecker folgenden Antrag:

„Angesichts der Notlage der Bevölkerung im besetzten Gebiet beschließt der Reichstag:

Die Verfügungen der Regierung über die Herabsetzung der Sätze der Erwerbslosenunterstützung und die Herabschraubung und Einstellung der Lohnsicherung für Arbeiter und Angestellte, und der Unterstützung für die Kreise des Mittelstandes im Rhein- und Ruhrgebiet werden aufgehoben. Die Reichsregierung hat die notwendigen Mittel für die Weiterzahlung der bisherigen Sätze und deren sofortige Anpassung an die Geldentwertung bereitzustellen."

Trotz der eindringlichen Begründung dieses Antrages durch den Genossen Stoecker, der die katastrophale Lage der Arbeiter und Erwerbslosen im Ruhrgebiet schilderte, wurde der Antrag infolge Widerspruchs der Deutschnationalen nicht auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

Genosse Frölich erhielt einen Ordnungsruf, weil er der rechten Seite des Hauses zurief: „Ihr laßt die Erwerbslosen verhungern, wenn Ihr nur reich werdet, Kanaillen!"

Ein zweiter Antrag, vom Genossen Koenen begründet, das Verbot der „Roten Fahne" aufzuheben und im Rahmen der heutigen Tagesordnung zu besprechen, wurde gleichfalls infolge Einspruchs der Deutschnationalen verhindert.

Eine Anfrage des Genossen Ledebour, ob sich der Reichskanzler nicht sofort auf die Anfragen des Genossen Frölich aus der vorigen Sitzung über die hochverräterischen Umtriebe der Stinnes und Konsorten im Zusammenhange mit den bayrischen und rheinischen Separatisten äußern wolle, beantwortete der Reichskanzler durch Stillschweigen!!!

Nach der Annahme des Ermächtigungsgesetzes nahm Genosse Frölich namens der kommunistischen Fraktion das Wort zur Abgabe folgender

Erklärung.

Das Ermächtigungsgesetz bedeutet die Aufhebung selbst der Scheindemokratie, die in den letzten viereinhalb Jahren in Deutschland gewaltet hat, deren vornehmstes Regierungsmittel der Belagerungszustand gewesen ist und unter deren Herrschaft die Wirtschaft Deutschlands zugrunde gerichtet wurde.

Die Regierung Stresemann-Sollmann, in deren Hände die großen verfassungswidrigen Vollmachten gelegt werden, kann weder den wirtschaftlichen Verfall Deutschlands noch die Auflösung des Reiches aufhalten. Sie hat schon durch ihre Anwendung des Belagerungszustandes gezeigt, daß sie weder willens noch fähig ist, die Feinde der Republik zu bändigen, die auf die Lostrennung Bayerns vom Reiche hinarbeitende Regierung Kahr unter die Reichshoheit zu zwingen und die Ausplünderung des deutschen Volkes, wie die planmäßige Zerstörung der deutschen Wirtschaftskräfte durch die großkapitalistischen Cliquen zu verhindern. Die Regierung Stresemann-Sollmann hat in der Führung der Außenpolitik bereits an die Schwerindustrie abgedankt. Sie sieht tatenlos zu, ja sie fördert praktisch die Losreißung des Rheinlandes, des wichtigsten deutschen Wirtschaftsgebietes durch die Stinnes, Klöckner, Wolff und Konsorten.

Der Hunger marschiert, die Massen sterben!

Die Regierung wird die Vollmachten des Ermächtigungsgesetzes allein zur Verelendung und Versklavung des Proletariats und breiter Schichten des Kleinbürgertums benutzen.

Die Diktatur der Großen Koalition leitet damit den Bürgerkrieg gegen die Arbeiterklasse ein. Sie ist die Vormacht einer monarchistischen Diktatur des mit Militarismus und Faszismus verbündeten Großkapitals.

Das beweisen schon die angedeuteten Grundsätze der kommenden diktatorischen Politik.

Mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes, unter Ausschaltung des Reichstags und der Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten sollen die letzten sozialpolitischen Errungenschaften beseitigt werden, um die Bahn freizumachen für den Raubzug des Kapitals.

Durch den Abbau der Löhne und Gehälter, unter Beseitigung des Achtstundentages sollen die Arbeiter, Angestellten und Beamten noch tiefer in das Elend, in Arbeitslosigkeit und Hunger gestoßen werden.

Durch die Aufhebung der Schutzbestimmungen bei Arbeitseinstellungen und Entlassungen und Betriebsstillegungen wird die

Willkürherrschaft der Unternehmer

aufgerichtet, werden die letzten kümmerlichen Rechte der Betriebsräte beseitigt.

Das elementarste Recht der Arbeiter und Angestellten, das Streikrecht, das in Bayern schon zerschlagen ist, wird durch die Einführung der berüchtigten Schlichtungsordnung beseitigt und dadurch auch praktisch das Koalitionsrecht aufgehoben.

Trotz der gewaltigen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit wird die Erwerbslosenfürsorge abgebaut und durch die Einführung der Arbeitslosenversicherung werden die Kosten der kapitalistischen Sabotagewirtschaft den Arbeitenden aufgebürdet.

Die Durchführung dieser Gewaltmaßregeln muß die völlige wirtschaftliche und politische Versklavung der Arbeiterschaft zur Folge haben.

Die Sozialdemokraten, die diese Regierung stützen und durch das Ermächtigungsgesetz der kapitalistischen Gesellschaft eine starke Waffe gegen die Arbeiterschaft zur Durchführung des Stinnes-Programms geben, machen sich an der Niederwerfung der Arbeiterklasse und dem Massenelende mitschuldig. Sie üben den schändlichsten Verrat am Proletariat und laden vor der Geschichte die schwerste Verantwortung auf sich.

Die Arbeiterklasse, durch einen schamlosen Raubzug ausgeplündert, leidend unter dem Druck einer furchtbaren Arbeitslosigkeit, geeinigt durch unmenschliche Entbehrungen und vor die Frage Sein oder Nichtsein gestellt, wird die Unterdrückungspolitik der Regierung Stresemann-Sollmann nicht dulden. Sie wird die Einheit Deutschlands und ihre eigene Klassenrechte gegenüber der großkapitalistisch-militärischen Gegenrevolution unter Aufbietung aller ihrer wirtschaftlichen Machtmittel und, wenn es sein muß, auch mit der Waffe in der Hand, verteidigen.

Wir rufen die Ausgebeuteten und Unterdrückten in Stadt und Land auf:

Bildet Eure einheitliche Kampffront!

Rüstet für den Generalstreik!

Seid wachsam, steht bereit, um Eure Freiheit, Euer Leben zu verteidigen!

Der Kampf gegen das Rote Sachsen

Verbot der proletarischen Hundertschaften — Verbot der Kontrollausschüsse — Verbot des Betriebsrätekongresses

Der Weiße Diktator in Sachsen erläßt folgende Bekanntmachung:

Ich habe heute an die Sächsische Regierung nachstehendes Schreiben gerichtet

An die Regierung des Freistaates Sachsen.

Dem Wehrkreiskommando sind aus allen Teilen Sachsens, vor allen Dingen aber aus dem westlichen Sachsen, insbesondere aus den Gegenden Chemnitz, Werdau, Aue und Annaberg, von einwandfreien und ruhigen Persönlichkeiten, sowie auch von Staatsbehörden Schilderungen und Meldungen über die Lage in den Hauptindustriegebieten zugegangen, aus denen hervorgeht, daß ein großer Teil der Bevölkerung, auch die Arbeiterschaft, stark unter dem Druck einer gewalttätigen Minderheit zu leiden hat. Die Arbeitgeber und die verständigen Arbeiter fühlen sich durch diese Minderheit, die vorwiegend durch die radikale Jugend verkörpert wird, bedrückt. Sie fühlen sich dauernd bis in ihr Familienleben hinein verfolgt, überwacht und bedroht. Sie wagen es nicht, ihre Ansichten offen auszusprechen oder Widerstand zu leisten. Aus Furcht vor Racheakten unterlassen sie sogar Anzeigen strafbarer Handlungen. Das Wehrkreiskommando hat aus diesen Schilderungen und aus Gerichtsakten die Beweise erhalten, daß die sogenannten proletarischen Hundertschaften zum größten Teil den Rahmen für diese Terror ausübenden radikalen Jugendgruppen abgab. Die Verhängung des Ausnahmezustandes hat nur äußerlich einige Ordnung geschaffen. Das offene Auftreten der Hundertschaften und Uebergriffe einzelner ihrer Angehörigen ist im allgemeinen dort, wo Truppen liegen, unterblieben. In anderen Gebieten haben sich die Hundertschaften um den Ausnahmezustand wenig gekümmert. In einem Aufruf des provisorischen Zentralausschusses der sächsischen Hundertschaften vom 12. Oktober wird die Bildung einer gemeinsamen Kampfleitung der Hundertschaften bekanntgegeben. Es unterliegt hiernach keinem Zweifel, daß mit dem Aufhören des Ausnahmezustandes überall wieder die Hundertschaften stärker als je hervortreten werden. Eine endgültige Gesundung der Verhältnisse kann daher nur herbeigeführt werden, wenn die Einrichtung der Hundertschaften ebenso wie die aller anderen Selbstschutzorganisationen überhaupt aufhören.

Ich ordne daher durch beifolgende Verfügung ihre Auflösung an.

Der Befehlshaber.
(gez.) Müller, Generalleutnant.

Verfügung!

1. Ich verbiete hiermit die Bildung oder den Zusammenschluß der sogenannten proletarischen Hundertschaften der republikanischen Notwehr und anderer ähnlicher Organisationen. Etwa bestehende derartige Organisationen werden hiermit aufgelöst. Jede Beteiligung an solchen Organisationen wird untersagt.

2. Jede Person oder Organisation, die im Besitze nachstehend verzeichneter Waffen ist, hat sie spätestens innerhalb drei Tagen abzuliefern oder zur Abholung anzuzeigen: Maschinengewehre, Gewehre Modell 98 und Maschinenpistolen mit Munition, und zwar in Garnisonstädten bei dem Standortskommando, in Orten ohne Garnison bei der Polizeibehörde. Für aufgelöste Organisationen haftet für die Waffenabgabe oder Anzeige der Führer oder dessen Stellvertreter. Bei rechtzeitiger Abgabe oder Anzeige wird hiermit Straffreiheit wegen unbefugten Waffenbesitzes zugesichert.

3. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen zu §§ 1 und 2 der Aufforderung oder den Anreiz zu Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15 000 Goldmark, soweit die gesetzlichen Bestimmungen nicht schwerere Strafen androhen, bestraft. Gleiche Strafe trifft denjenigen, der Kenntnis von verborgenen Waffen hat und nicht sofort Anzeige erstattet.

4. Die Polizeibehörden, bei denen Waffen abgeliefert werden, sind für sichere Bewahrung der Waffen verantwortlich und haben innerhalb 5 Tagen dem Wehrkreiskommando IV Bericht zu erstatten.

Der Befehlshaber im Wehrkreis IV.
(gez.) Müller, Generalleutnant.

Verfügung!

Ich verbiete hiermit die Bildung oder den Zusammenschluß von Aktionsausschüssen, Abwehrausschüssen oder ähnlichen Organisationen, die den Zweck haben, neben den verfassungsmäßigen Behörden oder gegen diese zur Vorbereitung oder Durchführung politischer Maßnahmen Schritte zu tun. Etwa bestehende Organisationen dieser Art werden hierdurch aufgelöst. Jede Beteiligung an solchen Organisationen wird untersagt. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot, der Anreiz oder die Aufforderung zu Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis oder Geldstrafe bis zu 15000 Goldmark, soweit die gesetzlichen Bestimmungen keine höheren Strafen vorsehen, bestraft.

Der Befehlshaber im Wehrkreis IV.
(gez.) Müller, Generalleutnant.

*

Die Sächsische Regierung hat diese Verordnung für ungültig erklärt, da der Zivilkommissar für Sachsen bereits ernannt war und diese Verordnung nicht gegengezeichnet hat. Müller setzt sich einfach darüber hinweg und erklärt seine Verordnung als zu Recht bestehend und hat die Reichswehr angewiesen, seine Verordnung durchzuführen. „Gut unterrichtete Stellen" in Berlin decken den Weißen General, indem sie erklären, daß dem Müller die Ernennung des Zivilkommissars amtlich noch nicht bekanntgegeben worden war.

Die bürgerliche Presse frohlockt über die Zertrümmerung der proletarischen Hundertschaften.

Das Wehrkreiskommando IV hat den auf den 18. Oktober einberufenen Betriebsrätekongreß für Sachsen und Thüringen verboten, es greift also in die wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft ein. Damit ist das Geschwafel des „Volksblattes", daß durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes Erleichterungen und Besserungen für die Arbeiterschaft eintreten, durch die Praxis des Generalsstiefels widerlegt, damit ist bewiesen, daß das „Volksblatt" mit seinen Schreibereien nur die Erregung der eigenen Parteigenossen von dem Verrat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, den sie durch die Annahme des Ermächtigungsgesetzes begangen und den sie durch die Zustimmung zum Arbeitszeitgesetz begehen werden, ablenken will.

Am Sonnabend fand in Berlin eine Vertreterversammlung der Vereinigten vaterländischen Verbände statt. Der Professor Bauer, München, erklärte: „Herr von Kahr wird seine Gewalt zur vollkommenen Diktatur anwenden ohne nur einen Schein parlamentarischer Bindung. Der Weg Kahrs ist eindeutig und klar. Gegen den Marxismus in jeder Form. Kahr schwankt nicht, er zögert nicht, er ist ein sehr entschlossener Staatsmann, der seinen Weg gehen wird, nicht nur zum Wohle Bayerns, sondern zum Heil Gesamtdeutschlands."

In Bayern ästhen, mit den modernsten Waffen ausgerüstet, Kampfverbände, die aller Welt als Feinde der Republik bekannt sind. Diese Verbände bestehen weiter, erhalten neue Waffen, machen täglich militärische Uebungen. Der Militärbefehlshaber für Bayern, General Lossow, wird belobte geschoben. Die proletarischen Hundertschaften Sachsens, die als republikanische Schutzwehr aufgestellt sind, werden verboten. Ludendorff, der militärische Führer der Konterrevolution, war jetzt zwei Tage in Berlin. Die amtlichen Stellen haben erst von seiner Anwesenheit erfahren, als er bereits wieder in seinem Generalhauptquartier in München angelangt war. Stinnes hat ebensfalls ausgedehnte Besprechungen mit allen Führern der Reaktion während seiner Anwesenheit in Berlin abgehalten. Stinnes unternimmt den wirtschaftlichen Angriff auf die Arbeiter, Ludendorff den militärischen. Das Parlament, der Reichstag, überläßt beiden Diktatoren die Gewalt.

Die sächsische Regierung wird gegenüber den Anordnungen des Wehrkreiskommandos dasselbe Recht für sich in Anspruch nehmen, wie Bayern es tut. Gegenüber dem Angriff des Reiches werden die Regierungen in Sachsen und Thüringen sich auf denselben Standpunkt stellen wie Bayern. Was dem Weißen Bayern recht ist, ist dem Roten mitteldeutschen Block schon lange billig. Wenn die Reichsregierung die bewaffneten faszistischen Verbände in Bayern nicht entwaffnet, dann hat sie kein Recht, die proletarischen Hundertschaften zu entwaffnen. Aber gegen Bayern vorzugehen, da findet sie nicht den Mut, dazu ist sie unfähig, da sie ja die Faszisten, die „Schwarze Reichswehr", selbst mit großgezogen hat.

Die proletarischen Hundertschaften in Sachsen und Thüringen aufgelöst, die Kontrollausschüsse, die staatlich anerkannt waren, verboten, die kommunistische Zeitung in Dresden verboten, trotzdem erscheint sie weiter, der Betriebsrätekongreß verboten, so sieht es jetzt unter der Diktatur der von Ebert-Stresemann eingesetzten Generale aus. Die offene Kriegserklärung gegen den Roten mitteldeutschen Block ist da. Alle Arbeiter, alle Angestellten müssen ebenso entschlossen, ohne Zögern, ohne Schwanken wie Kahr für die Monarchie und für Weiße Diktatur, für die revolutionäre Regierung und die Rote Diktatur kämpfen.

An die Parteigenossen!

Die Zentrale der KPD. hat dem Eintritt dreier ihrer Mitglieder, der Genossen Böttcher, Brandler und Heckert, in die sächsische Regierung zugestimmt.

Die werktätige Bevölkerung steht einem Angriff des Großkapitals, des Großgrundbesitzes und der Mobilisierung der Weißen Garden gegenüber.

Die großkapitalistische, militärische Diktatur zur blutigen Niederwerfung der Arbeiterklasse ist auf dem Marsche.

Die kommunistischen Mitglieder der sächsischen Regierung sind von der Partei beauftragt, die Abwehr der Arbeiterklasse gegen die drohenden schwersten Gefahren auf breitester Grundlage zusammen mit den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern zu organisieren und zu leiten. Die kommunistischen Vertreter in der Regierung stehen unter ständiger Leitung und Kontrolle der Partei. Der Eintritt unserer Parteigenossen in die sächsische Regierung ist nicht ein gewöhnliches Schachergeschäft. Er entspringt dem entschlossenen Willen der werktätigen Massen, den Großkapitalisten durch eine geschlossene proletarische Kampffront zu begegnen.

Für die Parteigenossen muß dieses Ereignis ein Ansporn sein, um im ganzen Reiche schnellstens die breiteste und festeste proletarische Kampffront zu verwirklichen und die Massenabwehr der Arbeiterklasse zu organisieren.

Die Regierung der proletarischen Verteidigung in Sachsen ist das Signal für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Sie bedarf der Unterstützung der Arbeiterklasse ganz Deutschlands.

Der in Sachsen zuerst unternommene Versuch, mit den linken Sozialdemokraten in der Stunde schwerster Gefahr eine gemeinsame Regierung zu bilden, um die proletarische Abwehr zu organisieren, wird erfolgreich sein, wenn es der Partei gelingt, die Arbeiterschaft im ganzen Reiche zu mobilisieren und sie als proletarische Einheitsfront dem Klassenfeind entgegenzustellen.

Berlin, den 10. Oktober 1923.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands.
(Sektion der 3. Internationale.)

Produktionssabotage der Kohlenbarone

(Eig. Drahtm.) **Essen**, 15. Oktober.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet werden diese Woche große Kündigungen ausgesprochen. Im Bergbau werden über 20 Prozent aller Arbeiter unter 20 Jahren zwistlos entlassen.

*

Stinnes-Stresemann arbeiten gut zusammen, trotz der Stimmenthaltung des Stinnes bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz. Ebert-Stresemann lassen die letzten Bollwerke der Arbeiterschaft, den mitteldeutschen Block, von den Generalen berennen und Stinnes hungert die Arbeiterschaft aus, entlässt Arbeiter, um seinen Plan, den Zehnstundentag, durchzuführen. Er und auch Ebert-Stresemann und die Weißen Generale werden sich den Schädel am eisernen Roten Block in Mitteldeutschland und an dem Kampfwillen der Arbeiterschaft einrennen.

Flucht der Bergarbeiter aus der Arbeitsgemeinschaft

(Eig. Drahtm. **Beuraih**, 14. Oktober.

Bei den Wahlen zu den Betriebsräteausschüssen im Ruhrgebiet haben die arbeitsgemeinschaftlichen Verbände eine vernichtende Niederlage erlitten.

Auf Zeche Emscher-Lippe I und II erhielten die Union der Hand- und Kopfarbeiter 10 Mandate, der alte Bergarbeiterverband 2 Mandate, der christliche Gewerkverein 4 Mandate.

Auf der Zeche Recklinghausen II die Union der Hand- und Kopfarbeiter 9 Mandate, die Arbeitsgemeinschafter 3 Mandate.

Auf der Zeche Helene-Altenessen die Union der Hand- und Kopfarbeiter 6 Mandate, der alte Bergarbeiterverband 4 Mandate, der christliche Gewerkverein 2 Mandate.

Auf der Zeche Schlägel und Eisen V und VI die Union der Hand- und Kopfarbeiter 7 Mandate, alter Verband 1 Mandat, christlicher Gewerkverein 1 Mandat, Hirsch-Dunker 1 Mandat.

Die Abstimmung zeigte eine starke Beteiligung, bis zu 97 Prozent seitens der Arbeiter.

VOM
BÜRGERKRIEG
Eine Schriftenfolge
Heft 1 — Heft 2
Zu beziehen durch:
Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H.,
Abt.: Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14
*288 und deren Filialen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231015-16/fragment/page=0003

Gegen die Unternehmerdiktatur hilft nur Klassenkampf!

Die drei freigewerkschaftlichen Bünde, ADGB., AfA-Bund und ADB. erlassen einen Aufruf, überschrieben: „Gegen die Unternehmerdiktatur." Er enthält viele ganz richtige Gedankengänge, die freilich darauf, was die Gewerkschaftsspitzen den Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeitern seit fünf Jahren erzählten, gerade so passen, wie die Faust aufs Auge. „Bei allen Gesetzen und Verordnungen, die das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Regelung ihrer Arbeitsbedingungen erweiterten und den Grund zu einer Demokratisierung der Wirtschaft legten, sind die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien auf den erbitterten Widerstand der Unternehmer gestoßen." Das stimmt vollauf. Aber haben die Leipaths, Umbreit und Wissell nicht jahrelang der Arbeiterschaft versichert, daß die wichtigsten Errungenschaften dank der Arbeitsgemeinschaftspolitik der Arbeiterschaft in den Schoß gefallen seien?

Gegenwärtig sollen die Unternehmer, nach der Aeußerung des Aufrufes, Herr im Hause sein, wie sie es vor dem Kriege waren.

Gestützt auf die rechtsradikalen Legionen und auf jene Kreise der Landwirtschaft, die ihre volle Scheune dem hungernden Volke verschließen, glauben sie, „den rücksichtslosen Klassenkampf gegen die Arbeitnehmer führen zu können". Mit Recht betont auch der Aufruf, daß sie dabei auf das wachsende Heer der Arbeitslosen und auf die politische Zerrissenheit der Arbeitnehmerschaft rechnen.

Mit Freude müssen alle klassenbewußten Arbeiter vernehmen, daß nach der Aeußerung der Gewerkschaftsspitzen

„um das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft gibt es kein Markten und Feilschen",

daß die Gewerkschaften sich dieses Grundrecht der Arbeit nicht entreißen lassen werden und zu dem Kampf um dasselbe bereit sind.

Ohne Unterschied politischer Richtung werden die Arbeitermassen sich in einem solchen Kampf hinter die Führer stellen. Nur Dreifaches muß dazu bemerkt werden.

1. Spekulieren die Scharfmacher auf die politische Zerrissenheit der Arbeiterklasse, so muß diese Spekulation dadurch durchkreuzt werden, daß die größte Geschlossenheit der Kampffront des Proletariats durch Bildung von Aktionsausschüssen sichergestellt wird, die die Vertreter nicht nur der gewerkschaftlichen, sondern auch der politischen Organisation der Arbeiterklasse umfassen würden.

2. Die Spekulation auf die wachsende Arbeitslosigkeit muß dadurch zunichte gemacht werden, daß die Gewerkschaften sofort eine umfassende Aktion zu ihren Gunsten in die Wege leiten.

Und 3. muß den Arbeitermassen schon jetzt klargemacht werden, 1. welche Abwehrmittel der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen das Unternehmertum zur Verfügung stehen, 2. welche Mittel das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft nach der Abwehr der Anschläge des Unternehmertums sicherstellen können. Nach der Auffassung großer Massen klassenbewußter Arbeiter ist nur ein einziges Mittel geeignet, diesem Zweck zu dienen: Aufrichtung der Regierung der werktätigen Massen der Arbeiter- und Bauernregierung. Unmöglich können sich diese Arbeiter mit der Auffassung einverstanden erklären, die vor kurzem das Zentralorgan der Sozialdemokratie vertreten hat: daß, wäre ein Abwehr-Generalstreik gegen die Anschläge der Schwerindustrie erfolgreich durchgeführt, dann würde dennoch später der siegreichen Arbeiterschaft nichts übrig bleiben, als — Rückkehr zu der „Großen" Koalition.

Auch gegen den Standpunkt der Bundesvorstände müssen wir Verwahrung einlegen, dementsprechend „die Bergarbeiter gewillt sind, Ueberstunden zu leisten". Dieses Zugeständnis an das Diktat der Grubenbarone bedeutet eine unnützige Schwächung unseres Abwehrkampfes gegen ihre Diktatur. Nur im sozialistischen Kohlenbergbau konnten die Bergarbeiter sich dazu hergeben, Ueberstunden zu leisten, wenn das Lebensinteresse der Nation es erheischt. Auch in dieser Lage könnte das freilich vorübergehend geschehen, weil unser Ziel im Bergbau die „Sechs-Stundenschicht" ist. Es ist auch ohne weiteres klar, daß die Sozialisierung des Kohlenbergbaues nur durch eine Arbeiter-Regierung durchgeführt werden kann.

Also, zum Kampf gegen die Unternehmerdiktatur bereit! Aber gegen die Diktatur des Kapitals hilft nur konsequente, rücksichtsloser Klassenkampf.

Vom Tage

Ein Explosionsunglück auf der Warschauer Zitadelle

In der Warschauer Zitadelle ereignete sich am Sonnabend früh eine Pulverexplosion, die erheblichen Schaden anrichtete. Mehrere Soldaten wurden getötet.

Eine weitere Drahtmeldung besagt:

Durch die gestrige Explosion des Pulvermagazins, in dem etwa 2 Millionen Tonnen Pulver lagerten, wurde ein Teil der alten Festungswerke zerstört und die Militärfunkenstation beschädigt. Auch eine Anzahl benachbarter Häuser wurde zerstört. Die Detonation wurde 50 Kilometer weit wahrgenommen. Die Regierung hat sofort eine beträchtliche Summe für Hilfszwecke angewiesen.

Schweres Eisenbahnunglück auf der Strecke Stendal—Magdeburg. In der Nähe des Bahnhofs Kahlwinkel auf der Strecke Stendal-Magdeburg fuhr in den Morgenstunden ein von Magdeburg kommender Güterzug einem anderen Güterzug in die Flanke. Fünf Wagen und eine Lokomotive wurden bei dem Anprall völlig zertrümmert. Die Hauptgleise sind gesperrt; der Verkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107001. Arthur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle

Sämtliche Funktionäre holen heute abend 7 Uhr im Ortssekretariat die neuen Abrechnungsformulare ab. Die Distriktsleitungen haben sämtliche Kassierer sofort zu benachrichtigen.

Sämtliche Frauen-Funktionärinnen melden sich Mittwoch abend um 7 Uhr im Ortssekretariat. Die Distriktsleitungen haben sämtliche Funktionärinnen davon in Kenntnis zu setzen.

Graphisches Gewerbe. Donnerstag, 18. Oktober, abends 6 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Versammlung aller kommunistischen Mitglieder im graphischen Gewerbe. Wichtige Tagesordnung. Kein Trinkzwang.

Kreis Delitzsch

Eilenburg. Montag, 15. Oktober, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus": Oeffentliche Volksversammlung. Thema: „Die politische Lage." Referent: Genosse Ferd. Menzel, Halle.

Bezirks-Zentral-Buchhandlung

Telephon 2251. **Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.** Telephon 2251.

Filialen: Halle a. d. S., Harz 42/44. Tel. 2251. Merseburg, Markt 7. Eisleben, Petritörnße 8. Zeitz, Liebknechtstr. 4. Weißenfels, Daumstr. 18. Wittenberg, Juristenstraße 11. Bitterfeld, Burgstr. 41. Bockwin, Volkshaus.

Postscheckkonto: Leipzig 1034 (Fritz Kroh, Halle).

Magdeburg: Buchladen Tribüne, Magdeburg, Jakobstr. 4.

Schlußzeilenzahlen: Bis **30 000 000;** B.-W. **1 100 000 000.**

Partei-Literatur. Neu erschienen:

Neu: Vom Bürgerkrieg Nr. 1	—,20 M.
„ „ Nr. 2	—,20 M.
W. Antonow-Ovsejenko: Der Aufbau der roten Armee	—,50 M.
Bucharin: Proletarische Revolution und Kultur	—,50 M.
Arbeiter-Wandkalender 1924	3,00 M.
Die Kommunistische Partei — die eiserne Kohorte der Revolution	—,20 M.
Parteitags-Protokoll Leipzig 1923 . . . . . br. 3,50, gbd.	4,50 M.
Protokoll des IV. Weltkongresses 1923	4,50 M.
Schlageter: Eine Auseinandersetzung	—,25 M.
Elementarbücher des Kommunismus:	
Marx, Engels: Kommunistisches Manifest	—,90 M.
Marx: Lohn, Preis und Profit	—,90 M.
Lassalle: Verfassungswesen	1,— M.
Greiling: Marxismus und Sozialisierungstheorie . . br. 2,— gebd.	2,— M.
Comjesteen oder Hakenkreuz?	—,30 M.
§ 218. Unter der Peitsche des Abtreibungsparagraphen	—,30 M.
Nesnitzky: Die Lage des russischen Arbeiters	—,30 M.
Rakek: Kampf der KJ. gegen Bordiailes	—,20 M.
Lapinski: Die Belegung des Ruhrgebiets u. der Zerfall Europas	—,60 M.
Losowski: Die nächsten Aufgaben der Roten Gewerkschafts-Internationale	—,30 M.
Tomski: Der gegenwärtige Stand der Gewerkschaftsbewegung in Rußland	—,20 M.
Alekkanoff: Kampf und Sieg der russischen See- und Binnenschiffer	1,20 M.
Rote Gewerkschafts-Internationale 19/3. Nr. 5/6	3,— M.
Kommunistische Internationale. Nr. 27	2,— M.

Zeitschriften

Das Hakenkreuz Nr. 2	2 000 000,00 M.
Sichel und Hammer Nr. 12	6 000 000,00
Die Kommune Nr. 19	4 000 000,00
Kommunistischer Gewerkschafter Nr. 20	8 000 000,00
Kommunistin Nr. 19	1 000 000,00
Internationale Nr. 17	3 000 000,00
Junge Garde Nr. 4	17 000 000,00
Parteiarbeiter Nr. 12	3 000 000,00

Andere Literatur:

Grilleburg, Lenin	billige Ausgabe 2,60 M.
„ „	kartoniert, bessere Ausgabe 3,60 M.
„ „	gebunden, bessere Ausgabe 5,— M.
Kropotkin: Erbt	2,50 M.
Hilferding: Finanzkapital	15,00 M.
Gomjetkerne, kleine, Stück 0,40 Goldmark,	Nur gegen Voreinsendung oder unter Nachnahme.
Bronzebroschen, Stück 0,40 Goldmark,	
„ große, Stck. 0,60 Goldmark,	

„Kampflieder" zurzeit vergriffen.

Die Rechnungen müssen zur gegebenen Frist bezahlt sein, weil sonst unsere Parteibuchhandlung schwer geschädigt wird. Sie muß sonst die Rechnungen auf Grund der Schlußzeilenzahlen erhöhen.

Allgemeine Ortskrankenkasse Halle a. d. S.

Auf Grund der Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 27. September 1923 hat der Kassenvorstand bestimmt, daß mit Wirkung vom **15. Oktober 1923** ab für die in gewerblichen und kaufmännischen Betrieben sowie in Büreaus und Verwaltungen beschäftigten Personen die **bisherigen Grundlohnstufen wegfallen** und an ihrer Stelle der **wirkliche Arbeitsverdienst als Grundlohn** tritt, der nunmehr für die Berechnung der Beiträge und Leistungen maßgebend ist. Der tägliche Arbeitsverdienst ist dabei auf volle 100 000 Mk. nach oben aufzurunden. Der Wert der Sachbezüge (Wohnung, Kost usw.) ist dem Lohn hinzuzurechnen. Die Barleistungen nach diesem Grundlohn treten ein nach Ablauf von 2 Wochen. Für die bezeichnete Gruppe der Versicherten haben die Arbeitgeber **für jede Woche** die **Beiträge** nach dem Beitragssatze von 10% **vom Lohne bzw. Gehalt oder Gehaltsabschlägen abzuziehen** und spätestens innerhalb 3 Tagen nach der Lohnzahlung unter Angabe der in Frage kommenden Gesamtlohnsumme an die Kasse zu entrichten. Die Ueberweisung im bargeldlosen Verkehr ist dabei zulässig und empfehlenswert. Insoweit die Kassenbeiträge bei Großbetrieben bisher schon am Wochenschluß von der Kasse unmittelbar erhoben wurden, verbleibt es bei diesem Verfahren. **Arbeitgeber, welche keine Lohnlisten führen,** müssen bei Zahlung der Beiträge die Namen der Versicherten angeben, für welche der Beitrag gilt.

Bei **Kurzarbeitern** muß der Lohn für 48 Stunden Arbeitszeit zugrunde gelegt werden. Dagegen sind Beiträge für **Mitglieder von Ersatzkassen,** die ihre Mitgliedschaft dem Arbeitgeber nachgewiesen haben, nicht abzuführen. Die Lohnsummen und Beiträge sind für **männliche** und **weibliche Versicherte getrennt anzugeben. Beiträge,** die nicht pünktlich entrichtet, müssen nach der am Zahltage maßgebenden Reichsrichtzahl **aufgewertet** werden. **An- und Abmeldungen** sind vorläufig nach wie vor einzureichen, dagegen nicht mehr **Lohnänderungsanzeigen.** Die **Lohnlisten** sind der Kasse regelmäßig vorzulegen, auch sind Bücher und Belege zur Einsichtnahme durch die Kasse offenzuhalten. Für die in **privaten Beschäftigungsverhältnissen** stehenden Personen (**Dienstboten, Aufwärterinnen** usw.) gelten die vorstehenden Bestimmungen **nicht.** Für diese Versicherten werden ebenso wie für die freiwilligen und beitrittsberechtigten Mitglieder die Grundlohnstufen des Jahres 1914 festgesetzt, wobei die Stufensätze zur Berechnung der Kassenleistungen und Beiträge mit der Reichsrichtzahl vervielfältigt werden. Im übrigen verbleibt es hinsichtlich dieser Personen bei den bisherigen Vorschriften (Einreichung von An- und Abmeldungen, Lohnänderungsanzeigen usw.).

Halle a. d. S., den 10. Oktober 1923.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse.
K. Kleemann, Vorsitzender.

UT

Leipziger Straße 88.

Henny Porten

in dem Drama in 5 Akten

Die blaue Laterne.

Lya de Putti

in dem Mansfim der Usa

Ilona.

Der Film findet allgemein

ungeteilten Beifall.

Entzückt über das ausgezeichnete Programm, verlässt das Publikum das Theater.

Beginn: 4 Uhr.

WT

Walhalla-Lichtspiel-Theater ist Trumpf!

Humorist Stops!

muß jeder gesehen haben. Wollen Sie in dieser ernsten Zeit einmal herzlich lachen, so versäumen Sie nicht die Burleske:

Stops, die Perle der Garnison.

Dazu das Sittendrama aus dem Künstlerleben in 6 Akten:

Der Liebling der Frauen.

Beginn: 4 Uhr.

UT 4110

Alte Promenade 11a

Der Sascha-Film der Usa

Sodom und Gomorrha!

mit Lucie Doraine.

Unerhört ist die Regelunst, die Inszenierung ist das Fabelhafteste, was der Film bisher zu verzeichnen hatte. Malerische Bilder — Massenszenen von lebendurchglühter Echtheit — Bildeffekte, wie die Palast- und Schlachtszenen von unauslöschlicher Eindringlichkeit.

Beginn: 5 Uhr.

Stadt- u. Landbewohner!

Augen auf! Aufpassen!

Zahle für:

Alte Ziegenfelle . . . 2 Milliarden
Kaninchenfelle la Stck. 100-200 Millionen
Iltisfelle . . . Stck. 1 Milliarde
Hausfumpen (uns. m. Wolle) 30 Millionen
Bücher u. Zeitungen . . 10 Millionen

4114 Außerdem:

Hasen, Hamster, Maulwurf, Schafwolle zu Tagespreisen.

Curt Zöhl (Inhaber: W. Zöhl).

Hauptgeschäft: Schmeitschestr. 36 (Ecke Bertramstraße). Telephon 1356.

1. Filiale: Kl. Ulrichstr. 26 (Hof). Telephon 4995.
2. Filiale: Königstr. 15 (Ecke Landwehrstraße). Tel. 2812.

Todesanzeige.

Am 12. Oktober 1923, nachts 1/4 12 Uhr, verschied nach kurzem, aber schwerem Krankenlager, meine liebe Frau, unsere liebe Schwester, Schwägerin und Tante

Klara Hübner.

Dieses allen Bekannten zur Kenntnis.

Der trauernde Gatte H. Hübner.

Die Einäscherung findet Dienstag, nachm. 2 Uhr, auf dem Gertraudenriedhof statt.

Kranzspenden verbeten. 4112

Burghardt & Becher

Halle a. d. S., Leipziger Straße 10. 273

Emaille, Glas, Porzellan und Steingut.

Baugewerkschaft Halle.

Dienstag, den 16. Oktober, abends 1/2 8 Uhr, im „Volkspark" (Restaurationssaal):

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Gewerkschaftliche Angelegenheiten.
2. Die Lohnverhandlungen am 4. und 11. Oktober.

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

4113 **Die Ortsverwaltung.**

Konsumverein für Ammendorf und Umgeg. (e. G. m. b. H.)

Freitag, 19. Oktober, abds. 7 1/2 Uhr, im Saale des Gasthof zu Radewell:

Ordtl. Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht über das Geschäftsjahr 1922/23.
2. Aenderung der §§ 10 u. 33 d. Statuts
3. Wahl von 2 Aufsichtsratsmitgliedern und 2 Ersatzmännern
4. Anträge der Mitglieder. (Dieselben müssen bis zum 17. Oktober schriftlich eingereicht werden).

Der Aufsichtsrat. Haring. Lösche.

Zutritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte. *532

274 **Kade-Liköre**

Spez. Moritz Kade Nachf.

Kadedictiner

Charlottenstr. 11. Tel. 2359.

Brennholz

in Meterstücken, hat unter Tagespreis abzugeben 4108

E. Teubner,

Rohproduktengeschäft,

Große Klausstraße 28.

— Telephon 5564. —

Auf **Teilzahlung**

Herren-Anzüge, Gutmans, Schlafer, Paletots, Ulster, 4109 Gummimäntel

Möbel aller Art

Carl Klingler

Leipz. Str. 11, I. Et. Nicht I. Laden

In größter Auswahl und zu billigsten Preisen stehen fortwährend prima (*538

Ferkel und Läuferschweine

sowie la. große hannoversch.

Futterschweine

zum Verkauf. Nehme auch Getreide und Kartoffeln mit in Zahlung

O. Bruchhardt, Trotzdorf Str. 4. Tel. 3569.

Hausfrauen!

kauft nur bei unseren Inserenten!

Hasenfelle

sowie alle Sorten Felle,

Papier, Bücher, Lumpen, Wolle, Schafwolle

kauft zu

Festmarktpreisen

Paul Theuring

G. m. b. H.

Leitstr. 24, Gr. Brunnenstr., Gr. Brauhausstr. 19, Augustastr. 17 (hof), Mühlberg 12 Mansfelder Straße 64/65.

— Händler erhalten Börsenpreise —

Telephon 4363 u. 5659.

4105

Gewerkschaftsmitglieder!

la. Fahlleder-Arbeitsschuhe

m. K., äußerst billig **Marme Filzschuhe und Pantoffeln** bei 4107

C. Backmann, Thomasiusstraße 47, III.

Ziegen, Hasen, Kanin,

sowie alle Arten Felle zahlt äußerst hohe Preise

Hallesche Fellhandlung GmbH.

Sophienstr. 40. Fernr. 3468.

Zeitungsträgerin

für Rauendorf (Saalkreis) gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen Rich. Kittel melden.

Wir suchen zum baldigen Antritt für unsere 2500 Mitglieder zählende Genossenschaft einen tüchtigen, erfahrenen

Geschäftsführer.

Bewerber müssen genossenschaftliche und kaufmännische Erfahrung besitzen und die Buchführung beherrschen. Meldungen sind unter Beifügung von Gehaltsansprüchen und Mitteilung über die bisherige Tätigkeit bis Sonntag, den 21. Oktober 1923, zu richten an **Oskar Schmidt,** Delitzsch, Mauergasse, oder **Konsum-Verein Delitzsch,** Moltkestraße 10. *534

Die Verwaltung.

Die Beleidigung gegen M. Schulze ziehe ich zurück.

*533 J. F.

Kreis Liebenwerda

Konsum-Produktiv-Genossenschaft, Volkshaus" zu Bockwitz und Umgegend. *110

Mittwoch, 17. Okt., abends 8 Uhr:

Außerordentliche Generalversammlung.

Tagesordnung:

Statutenänderung der §§ 8, 11 u. 34.

Der Vorstand.

Bekanntmachung.

Brotversorgung.

Die Anordnung in der Bekanntmachung vom 4. Oktober 1923, daß die 2. Hälfte der Brotmarke Nr. 60 in der Woche vom 15. bis 21. Oktober beim Einkauf von Brot und Mehl zu verwenden ist, wird aufgehoben. Durch die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung des Brotgetreides vom 15. Oktober 1923 an, ist Brot und Mehl nur noch im freien Handel zu kaufen.

Der Brotausweis ist zunächst aufzubewahren.

Halle, den 12. Oktober 1923.

4106 **Der Magistrat.**

Abonniert den **Kommunistischen Gewerkschafter.**

Stadt-Theater

Montag, 4111 abends 7 1/2 Uhr: **Alles um Liebe.**

Dienstag, **Der Freischütz.**

Druck

sachen aller Art, für Private, Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- u. mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäß. Preisen die Abteilung Buch- und Kunstdruckerei der Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter.

Eisleben.

Zeitungsträgerin

für **Wallhausen** sofort gesucht. Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich beim Genossen Joh. Herisch melden.

Bekanntmachungen.

Nachstehend bringen wir den Stundenplan der kaufmännischen Fortbildungsschule für das Winterhalbjahr 1923 zur Kenntnis der Beteiligten:

Unterstufe: Montag, 1/2—1/4 Uhr, kaufmännisches Rechnen, 1/4—1/5 Uhr, Schönschreiben; Donnerstag, 1/2 bis 1/5 Uhr, Handelslehre und Schriftverkehr.

Mittelstufe: Dienstag, 1/2—1/3 Uhr, kaufmännisches Rechnen, 1/3—1/4 Uhr, Handelslehre und Schriftverkehr, 1/4—1/5 Uhr, einfache Buchführung; Freitag, 1/2—1/3 Uhr, kaufmännisches Rechnen, 1/3—1/4 Uhr, Handelslehre und Schriftverkehr, 1/4—1/5 Uhr, Handelsgeographie.

Oberstufe: Montag, 1/2—1/4 Uhr, Handelslehre und Schriftverkehr, 1/4 bis 1/5 Uhr, Bürgerkunde; Mittwoch, 1/2—1/3 Uhr, kaufmännisches Rechnen, 1/3—1/5 Uhr, doppelte Buchführung.

Die Ferien stimmen mit den Ferien der höheren Schulen überein. Wegen erhöhten Geschäftsverkehrs fällt der Unterricht zirka 14 Tage vor Weihnachten aus.

Eisleben, den 11. Oktober 1923.

711 **Der Magistrat.**

Die Ziegenbockkörung für den Stadtkreis Eisleben soll im Einvernehmen mit der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen in Halle a. d. S. am Mittwoch, dem 17. d. M., nachmittags 3 Uhr, im hiesigen städtischen Schlachthofe stattfinden. Wir fordern alle Personen, die im Besitze von Ziegenzuchtböcken sind, auf, diese behufs Ankörung zu der festgesetzten Zeit an angegebener Stelle vorzuführen. Gleichzeitig machen wir hierbei ausdrücklich darauf aufmerksam, daß der Besitzer eines Ziegenbockes diesen zum Decken fremder Ziegen, sei es unentgeltlich oder gegen Bezahlung, nur dann zulassen darf, wenn der Bock auf Grund der Polizeiverordnung des Herrn Regierungspräsidenten in Merseburg vom 21. September 1921 erfolgten Ankörung als zu diesem Zwecke tauglich anerkannt ist. Ebenso ist es Ziegenbesitzern verboten, ihre Tiere von fremden, nicht angekörten oder abgekörten Böcken decken zu lassen. Ferner ist verboten, einen nicht angekörten oder abgekörten Bock derart weiden oder umherlaufen zu lassen, daß er fremde Ziegen decken kann.

Eisleben, den 10. Oktober 1923.

712 **Der Magistrat.**

Der Gallusmarkt findet am Dienstag, dem 16., und Mittwoch, dem 17. d. M., statt

Eisleben, den 11. Oktober 1923.

709 **Der Magistrat.**

Die Zahlungsfrist für die Pacht der städtischen Gärten wird bis zum 30. Oktober d. J. verlängert.

Eisleben, den 10. Oktober 1923.

710 **Der Magistrat.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231015-16/fragment/page=0004

Klassenkampf

Halle, 15. Oktober 1923

Halle und Saalkreis

Halle, 15. Oktober.

Genossen, „Klassenkampf"-Leser!

Das erste Generalleutnant Müllersche Verbot hat der „Klassenkampf" absolviert, die weiteren werden sicher bald folgen, denn die Sprache der Kommunisten wird nie das Wohlgefallen jener Herren finden. Die Noske, Müller & Co. haben bis heute 22 kommunistischen Tageszeitungen das Erscheinen verboten, teils befristet, teils sogar unbefristet.

Wir nähern uns immer mehr der Zeit, in der unsere gesamte Presse verboten und die Partei zur illegalen Arbeit gezwungen wird. Die Gewalthaber glauben, mit Verboten die kommunistische Bewegung erledigen und ihren Lauf hemmen zu können. Nicht nur in der Arbeiterklasse, nein, bis weit hinein in die Reihen des Bürgertums ist es jedem klar, daß die Entscheidung über Sieg oder Niederlage des Proletariats bald fallen muß.

Die über unsere Presse verhängten Verbote sollen zunächst einmal bewirken, daß die proletarischen Massen über den von Tag zu Tag immer deutlicher werdenden Zerfall der „freien Republik" nicht orientiert werden und ein andermal, daß die KPD. finanziell niedergezwungen werden soll. Doch diese Rechnung wird ohne die KPD. gemacht.

Unsere Leser sind während der Verbotstage nicht ohne Nachricht geblieben. Die Genossen aus den Nachbarbezirken haben alles getan, um das mitteldeutsche Proletariat über die wichtigsten Vorgänge im Reiche zu informieren. Auch wir werden alle Mittel und Wege erschöpfen, um die Pläne der Belagerungszustand-Machthaber zu durchkreuzen. Bisher ist dies der KPD. voll und ganz gelungen. Es wird auch in Zukunft gelingen, wenn unsere Genossen weiter bereit sind, Opfer zu bringen.

Der „Klassenkampf" kostet in der laufenden Woche (14. bis 20. Oktober) netto 150 Millionen Mark

einschl. des Trägerlohnes. Zu dieser weiteren enormen Erhöhung sind wir infolge der ungeheuren Preissteigerungen gezwungen. Wir bitten unsere Leser, den Betrag bereitzulegen. Die Trägerinnen beginnen heute, Montag, mit der Einkassierung. Die zweite Oktoberrate in Höhe von 33 Millionen Mark muß unbedingt gezahlt sein, wenn eine Weiterlieferung der Zeitung erfolgen soll. Wir wissen, daß für viele unserer Leser der Betrag fast unerschwinglich ist. Und dennoch können wir nicht anders. Wenn wir das Erscheinen der Zeitung nicht in Frage stellen wollen, müssen wir diesen Abonnementspreis nehmen.

Der Kampf, der geführt wird für ein menschenwürdiges Dasein, fordert große Opfer. Wir können heute hoffen, daß diese Opfer bald ihre Früchte tragen werden.

Verlag Klassenkampf.

Die Buchdrucker zu den Zeitungsverboten

In der letzten Versammlung der hallischen Buchdrucker, in der in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Aufhebung der Zeitungsverbote gefordert wurde, sprach Genosse Kroß über die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage und ihre Folgen im graphischen Gewerbe. In dem einstündigen Referat schilderte der Referent kurz und treffend die politische Lage, ausgehend vom Ende des „Ruhrkampfes", die alte und die neue Koalitionsregierung, die Verhängung des Belagerungszustandes und die letzten Ereignisse in Sachsen. Wirtschaftlich behandelte er die Beseitigung des Achtstundentages, die Anwendung des Belagerungszustandes gegenüber der Arbeiterschaft, verbunden mit der Diktatur der Weißen Generale über die Kommunistische Partei und ihre Presse. Er kam zu der Schlußfolgerung, daß in Anbetracht des Verbots der gesamten kommunistischen Presse und der bereits schon vorhandenen großen Zahl von Kurzarbeitern im graphischen Gewerbe Schritte unternommen werden müssen, um der Diktatur der Arbeiterfeinde ein Ende zu machen. Die Solidarität unter den Buchdruckern muß soweit führen, daß, wenn in Zukunft weitere Verbote über die Arbeiterpresse ausgesprochen werden, auch die bürgerliche Presse am Erscheinen verhindert wird. Auch der Einsetzung der sozialistisch-kommunistischen Regierung in Sachsen wie Thüringen widmete der Referent treffende Worte. Der Zerfall der MSPD. ist nach den begangenen Taten der Sozial-Verräter unaufhaltsam, so daß die Einigung zwischen den noch revolutionär fühlenden Führern, wie Arbeitern innerhalb der MSPD. mit der KPD. vor sich geht. Der Referent forderte die Buchdrucker auf, die politische Lage richtig zu erkennen, sich einzustellen auf den bevorstehenden Entscheidungskampf und die proletarische Einheitsfront herzustellen, um den Gegner niederwerfen zu können. Es gibt nur eine Wahl: Entweder die Weiße oder die proletarische Diktatur!

In der Diskussion ergriff der „Volksblatt"-Kasparek das Wort. Seine Ausführungen zeugten von einer solch oberflächlichen politischen wie wirtschaftlichen Orientierung, daß selbst seine eigenen Parteigenossen ihm eine Zustimmung nicht gewähren konnten. Es war ein hilfloses Stottern und Stammeln; er rang förmlich nach Worten, um die „Politik" seiner Partei zu verteidigen. Natürlich bekannte er sich als Freund der Großen Koalition. Er, der früher gern den Radikalen mimte, hat jetzt nichts dagegen, wenn seine Partei mit der Deutschen Volkspartei, der auch Stinnes angehört, regiert. Zum Kampf um den Achtstundentag meinte er: „Den Zeitpunkt zum Kampfe werden wir bestimmen, wir lassen uns den Zeitpunkt nicht vom Unternehmertum diktieren!" Gut geblökt, Schaf! Wenn das Unternehmertum den Kampf beginnt und Herr Kasparek ausreißt — Pardon, ausweicht —, dann ist das Unternehmertum Sieger. Hier hilft dann weiter nichts, als sich zur Wehr zu setzen und den Feind niederzuschlagen. Wie lange will denn Herr Kasparek ausweichen, wann will er denn den Zeitpunkt bestimmen? Das ist die alte Phrase, mit der die MSPD. stets die Arbeiterschaft an der Nase herumführt. Betreffs des Belagerungszustandes gab er zu, daß dieser sich ausschließlich gegen links richte; war deshalb ein Mißgriff, da damit die Diktatur Kahr beseitigt werden sollte, was aber mißlungen sei. Er meinte, man könne demgegenüber nichts anderes tun, als den Belagerungszustand wieder aufzuheben. Gegenüber dieser Phrase wollen wir nur darauf hinweisen, daß ein Sozialdemokrat den Belagerungszustand verhängt und die MSPD. im Reichstag gegen die Aufhebung des Belagerungszustandes gestimmt hat. Und Herr Kasparek hat in seinem Blättchen kein Sterbenswörtchen dagegen geschrieben. Darf er das nicht, weil seine Partei ihm so befiehlt (andernfalls er abgesägt wird), oder hat er den Buchdruckern etwas vorgeflunkert? Jedenfalls stehen seine Taten zu seinen Worten in starkem Widerspruch. Zum Schluß trat er für Annahme der Resolution ein. Unter Hinweis auf Rußland meinte er, wenn wir in Deutschland für die Pressefreiheit eintreten, so zeigen „wir", daß „wir" doch bessere Menschen seien als „jene Wilden da drüben"! Plusrufe waren die Antwort auf solche Gemeinheit. Im Schlußwort rechnete Genosse Kroß gehörig mit Kasparek ab, der ein Arbeiterverräter schlimmster Sorte sei. Die Antwort, die ihm zuteil wurde, wird er sich wohl nicht hinter den Spiegel stecken. Die Arbeiterschaft muß dafür sorgen, daß Leute wie Kasparek überhaupt öffentlich nicht mehr auftreten können. Wir meinen, der fortgesetzte Verrat müßte nunmehr einmal ein Ende haben.

Parteinachrichten

Sämtliche Funktionäre holen heute abend 7 Uhr im Ortssekretariat die neuen Abrechnungsformulare ab. Die Distriktsleitungen haben sämtliche Kassierer sofort zu benachrichtigen.

Während des Verbots

Die Generale aus der wilhelminischen Schule, in deren Hände Friedrich Ebert jetzt den Schutz der demokratischen Republik und seiner Verfassung gelegt hat, haben den sozialdemokratischen Polizeiministern Severing-Sollmann eine der wichtigsten Arbeiten, die die bankrotte deutsche Republik zu ihrer Gesundung braucht, abgenommen. Sie sollen die bankrotte Republik vor dem Zusammenbruch schützen. Ihre erste Handlung war, daß sie die gesamte kommunistische Presse verboten. Denn nach der Meinung der alpreußischen Generale ist die Gefährdung der Republik von links weit größer als von rechts. In dieser Auffassung stimmen auch die Rechtsblätter mit den Generalen überein. Das hallische Faksistenblatt, die „Hallesche Zeitung" und die Stinnesche „Allgemeine Zeitung" brachten das achttägige Verbot des „Klassenkampf" bereits in der Sonnabend-Ausgabe, noch ehe überhaupt der Verlag oder die Redaktion davon Kenntnis hatte. Es scheint, daß diese Kreise trotz ihrer republikfeindlichen Gesinnung mit den „republikanischen" Generalen die besten Verbindungen unterhalten. Die hallische Polizei hatte es auch gar nicht so eilig, unseren Verlag von dem Verbot in Kenntnis zu setzen. Erst nachmittags gegen 6 Uhr erschienen Beamte und teilten dem Verlag mit, daß der „Klassenkampf" auf acht Tage verboten ist. Wahrscheinlich sollte damit verhindert werden, daß bis zu dem Tage, an dem das Verbot in Kraft trat, noch eine Sonderausgabe des „Klassenkampf" fertiggestellt werden konnte. Die Sonderausgabe wurde trotzdem fertiggestellt. Um 10 Uhr liefen unsere Rotationsmaschinen und um 12 Uhr war die letzte Zeitung aus dem Hause. Im übrigen sind unsere Leser auch während der acht Verbotstage nicht ohne Nachricht geblieben. Beim revolutionären Proletariat gibt es noch Solidarität. Ueber diese Solidarität mögen sich die Polizeigebirne ruhig den Kopf zerbrechen. Die Militärs aber werden sich daran noch die Zähne ausbeißen.

*

Die täglichen Besuche der politischen Polizei

Während der Verbotstage hat es natürlich auch nicht an Polizeischikanen gefehlt. Wir sind daran schon so gewöhnt, daß wir uns nicht mehr darüber sonderlich aufregen. Schon vor dem Verbot war das „Klassenkampf"-Gebäude von Runge-Polizisten umstellt, die jeden, der mit einem Paket unter dem Arm die „rote Festung" verließ, festhielten und die Pakete untersuchten. Gefunden aber wurde niemals etwas. Dann aber, während des Verbots, setzte eine verschärfte Kontrolle ein. Aller paar Stunden schickte Herr Dubiel Beamte der politischen Polizei zu uns, die kontrollieren sollten, ob irgend etwas, was die kapitalistische Ordnung stören könnte, gedruckt wird. Aber immer standen die Maschinen still, wenn die Beamten kamen. Das ärgerte Herrn Dubiel, und so kam er auf einen folgenden Polizeitrick: Er schickte am Sonnabendvormittag, dem letzten Verbotstage, einen besonders tüchtigen Beamten. Dieser Beamte sollte sofort in die Druckerei stürmen und die Drucker „überraschen". Das fand Herr Dubiel besonders schlau. Der Beamte folgte den Weisungen seines Chefs. An der Tür aber wurde er angehalten und wäre beinahe wieder unsanft an die frische Luft befördert worden. Der Beamte weigerte sich nämlich, sich zu legitimieren. Aber auch diese „Ueberrumpelung" führte nicht zum Ziele. Es wurde nichts gefunden. Da aber die polizeiliche Spürnase Flugblätter mit für die kapitalistische Ruhe und Ordnung gefährlichem Inhalt in Halle entdeckt hatte, ordnete Herr Runge nunmehr Haussuchungen an, und zwar bei einigen Genossen der Redaktion in ihrer Wohnung und in der Produktivgenossenschaft. In der Produktivgenossenschaft war ein großes Aufgebot Schupo und vier Kriminalbeamte erschienen, die nicht von ihrer Ueberflüssigkeit überzeugt waren; denn sie legten einen besonderen Suchereifer an den Tag und durchstöberten alle Winkel, Ecken und Schubfächer nach dem Ballen Flugblätter und den Geheimbefehlen aus Moskau. Alles ohne Ergebnis. Nachdem sie einige Stunden gehausucht hatten, kamen sie noch an ein Zimmer, für das niemand einen Schlüssel haben wollte. Das war für den überlegenen Horizont der Beamten die sicherste Gewähr, daß dahrinnen „etwas" war. Eiligst wurde ein Schlosserlehrling herbeigeholt, der die Tür aufbrechen mußte. Aber auch hier gab's nichts zu beschlagnahmen. Um ihren Chef wenigstens zu beruhigen, der dem General berichten muß, nahmen sie einige Flugblätter mit. Offenbar befürchteten die Beamten, daß wir mit diesen Flugblättern noch eine besonders gefährliche und umsturzlerische Propaganda hätten betreiben können.

*

Briefe an die Redaktion werden gestohlen

Die Mittel, mit denen in diesen Tagen gegen die Kommunisten vorgegangen wird, sind eigentlich einer „demokratischen Republik" unwürdig. Da aber mehr auf dem Spiele steht als die Demokratie, kommt es auch auf die Respektierung der Grundrechte der Bevölkerung nicht an. Im übrigen hat Friedrich Ebert eine Reihe von Artikeln der Verfassung außer Kraft gesetzt. Wir wissen nun nicht, da wir uns zu sehr mit Diktatur beschäftigen, ob es heute in der deutschen Republik auch erlaubt ist, Briefe, die an die Redaktion des „Klassenkampf" gerichtet sind, zu stehlen. In der Verbotswoche sind nämlich zwei Briefe, die ein Redaktionskollege in Berlin in den Kasten geworfen hatte, gestohlen worden.

Was sich der Spießer von dem Verbot verspricht

Die verängstigte Schneiderseele des Spießers hat, als das „Klassenkampf"-Verbot ausgesprochen wurde, vor Freude gehüpft; denn an allem Elend, an dem Hunger der Bevölkerung, ist nach seiner Meinung nur die „Hetze" der kommunistischen Presse schuld. Würde der „Klassenkampf" den Arbeitern nicht sagen, daß sie für einen Wochenlohn von zwei bis drei Milliarden gerade drei Pfund Margarine kaufen können, die Arbeiter würden gar nicht merken, daß sie Hunger haben. Die vollgefressenen Spießer wissen ja nicht, daß sich der Hunger im Magen bemerkbar macht.

*

Der Pegelstand kündigt neue Verzweiflungsakte an

Die raffgierigen Schieber und Wucherer sind der Meinung, daß auch der Drei-Pfund-Margarine-Wochenlohn für einen Arbeiter noch zu viel ist. War die Entwicklung der Preise für die allernotwendigsten Lebensmittel in der Verbotswoche wohl das tollste, was bisher gewesen ist (alle Preise stiegen fast um das zehnfache), so wird die kommende Woche auch diese Entwicklung noch in den Schatten stellen. Auf der ganzen Linie hat ein neues Hetztempo der Preise eingesetzt. Ein Brotpreis von 400 Millionen Mark muß heute als Pegel betrachtet werden. Dieser Pegelstand findet neue soziale Stürme und neue Verzweiflungsakte an. Die raffgierigen Kapitalisten und die agrarischen Wucherer sind über das Grollen aus der Tiefe verängstigt. Sie rüsten fieberhaft, um die Gärung in den sozialen Schichten zu unterdrücken.

*

Wie „wertbeständig" die Löhne geworden sind

Die Löhne und Gehälter sind heute so „wertbeständig", daß der Ertrag einer vollen Lohnwoche in zwei Tagen aufgezehrt ist. Die übrigen fünf Tage müssen die Arbeiter mit ihren Familien hungern. Bei der letzten Lohnzahlung am Freitag und Sonnabend haben sich besonders dort, wo Frauen und Mädchen beschäftigt werden, herzerreißende Szenen abgespielt. Als den Frauen 600, 800 und 1000 Millionen ausgezahlt wurden, weinten und schluchzten sie und weigerten sich, das Geld anzunehmen. Sie wollten nicht glauben, daß dies der Arbeitslohn für eine volle Woche ist. Was sollen sie mit 600 und 800 Millionen anfangen? Ein Brot kostet 400 Millionen, ein Liter Milch 150 Millionen, ein Pfund Margarine 700 bis 800 Millionen, ein Zentner Kartoffeln vier Milliarden . . .

*

Die Arbeiter können sich keine Wochenkarten mehr kaufen

Ein Jugendgenosse, der in Wolsen arbeitet, teilt uns mit, daß er heute, Montag, nicht zur Abeit fahren kann, da er am Sonnabend nicht einmal soviel rausbekommen hat, daß er sich eine Fahrkarte kaufen kann. Die Grube Pfännerhall in Micheln hat am Sonnabend ihren Arbeitern einen Vorschuß in Höhe von 400 Millionen Mark ausgezahlt, damit sie sich wenigstens für die nächste Woche eine Fahrkarte kaufen können. Ob die Arbeiter auch etwas zu leben haben, darüber machen sich die Unternehmer keine Kopfschmerzen. Viele Arbeiter haben erklärt, daß sie am Montag nicht mehr zur Arbeit fahren werden, da sie sich für den Arbeitslohn gerade noch das trockene Brot kaufen können.

*

Das Hungerbarometer während der Verbotswoche.

Die Preise haben sich in der letzten Woche katastrophal entwickelt. Es kosteten

als der „Klassenkampf" verboten wurde			heute	
Brot	17½	Millionen	400	Millionen
Milch	14	„	148	„
Kartoffeln	5	„	300	„
Margarine	90	„	800	„
Schweinefleisch	100	„	900	„
Rindfleisch	80	„	600	„
Arbeiterwurst	80	„	900	„
Butter	140	„	1700	„
Hering	9	„	90	„
Straßenbahn	4	„	30	„

Heute morgen stattete uns die politische Polizei des Herrn Runge unter starker bewaffneter Bedeckung abermals einen Besuch ab. Die Beamten waren heute morgen netter als sonst und sagten uns wenigstens, daß sie „Material" suchen wollten. Ihre Anstrengungen waren auch diesmal wieder vergeblich. Die Herren Runge-Dubiel werden sicher sehr lange Gesichter gemacht haben, als ihnen die Beamten melden mußten, daß die Haussuchung wieder negativ verlaufen ist.

*

Der Kampf der Arbeiter gegen den Hunger

Die Belegschaft der Armaturenfabrik C. A. Calm hat heute vormittag die Arbeit geschlossen niedergelegt. Der Unternehmer weigerte sich, die Forderungen der Arbeiter zu erfüllen.

Funktionärsitzung des Deutschen Verkehrsbundes

In der letzten Funktionärsitzung des Deutschen Verkehrsbundes, Verwaltung Halle und Umgegend, wurde nach eingehender Aussprache folgende Entschließung einstimmig angenommen:

1. Die versammelten Funktionäre erkennen immer mehr mit Gewißheit, daß seitens der Arbeitgeber im allgemeinen in bezug auf die Lohn- und Gehaltsfragen Sabotage getrieben wird. Die zugestandenen Lohn- und Gehaltssummen sind ein Hohn auf die Lage aller Gehalts- und Lohnempfänger. Die Forderung auf Goldlöhne entsprechend dem Friedensverdienst muß deshalb stürmischer denn je erhoben werden.

2. Um der Forderung zu 1 Nachdruck verleihen zu können, verpflichten sich die Funktionäre, mehr denn je für die Stärkung der Organisation durch Gewinnung der noch fernstehenden Berufsangehörigen Sorge zu tragen und auch die übrigen Mitglieder für diese Mitarbeit zu interessieren.

3. Um das unter 2 Gesagte schnellstens verwirklichen zu können, muß in allen Mitgliedergruppen und an allen Arbeits- und Dienststellen eine umfassende Kontrolle der Beschäftigten stattfinden, die mindestens jeden Monat zu wiederholen ist. Drückeberger, Gelbe Indifferente dürfen nicht geduldet werden.

4. Um der Organisation auch eine finanzielle Stärkung nach allen Richtungen hin zu geben, muß mit Nachdruck betont werden, daß jedes Mitglied unbedingt verpflichtet ist, die ausgeschriebenen Wochen-, Extra- und Ortsfondsbeiträge regelmäßig zu entrichten und dies um so mehr, da sonst die Organisation Gefahr läuft, nicht mehr das tun zu können, was im Interesse aller Mitglieder liegt.

5. Um Licht und Heizung zu sparen, wird die Notwendigkeit anerkannt, daß die Bureauräume ab 15. Oktober nur bis 4 Uhr nachmittags offen gehalten werden.

6. Die nächste Generalversammlung, die für Dienstag, den 23. Oktober, abends, nach dem „Volkspark" einberufen ist, muß als Tagesordnungspunkt ein Thema aufweisen, welches weitere Aufklärung für die Mitglieder im allgemeinen entsprechend den gegenwärtigen Verhältnissen mit sich bringt.

Aus dieser Entschließung geht der ganze Ernst der Situation hervor. Hoffentlich nehmen die Mitglieder des Verkehrsbundes auch allen Ernstes davon Kenntnis und handeln in ihrem eigenen Interesse demgemäß. Zu späte Erkenntnis würde sich schwer rächen.

Die neuen Löhne im Baugewerbe

Am Donnerstag, dem 11. Oktober, wurde im Bezirkslohnamt für das Baugewerbe, das für diese Tagung nach Magdeburg verlegt war, nachstehender Schiedsspruch gefällt: Der Spitzenlohn für die Zeit vom 6. bis 12. Oktober wird auf 90 000 000 Mark festgesetzt. Im übrigen verbleibt es bei den bisherigen Bestimmungen. Die Parteien unterwerfen sich dem Spruche.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter. Ortsgruppe Halle. Am Dienstag, dem 16. Oktober, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Außerordentliche Mitgliederversammlung. Alle Kollegen sind verpflichtet, restlos zu erscheinen.

Union der Hand- und Kopfarbeiter, Gruppe Baugewerbe. Am Dienstag, dem 16. Oktober, abends 7½ Uhr, findet in der „Produktiv-Genossenschaft" eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Gruppe Baugewerbe, einberufen vom Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter, statt. Die Genossen, welche der Union, Gruppe Baugewerbe, angehören, sind verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Betriebsräte der Metallindustrie. Mittwoch, den 17. Oktober, abends 7 Uhr Gruppenversammlung der Betriebsräte der Metallindustrie in der „Produktiv-Genossenschaft".

* **Proletarischer Sprechchor zur Revolutionsfeier.** Die Proben haben am Sonnabend begonnen und werden morgen, Dienstag, fortgesetzt. Uebungslokal: „Volkspark". Beginn pünktlich ½8 Uhr. Die Parteigenossen und -genossinnen aus den bereits veröffentlichten künstlerischen und Geselligkeitsvereinen müssen voll

Parteibeiträge

für die 41. Woche (2. Oktoberwoche):	für die 42. Woche (3. Oktoberwoche):
1. Klasse 5 Mill. Mk.	1. Klasse 10 Mill. Mk.
2. „ 3 „ „	2. „ 6 „ „
3. „ 1 „ „	3. „ 2 „ „

Restanten müssen die zur Zeit der Kassierung geltenden Marken kleben. Pünktlich einkassieren und Monatsabrechnung sofort erledigen.

Bezirksleitung der KPD. Halle-Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231015-16/fragment/page=0005

zählig erscheinen. Außerdem werden noch mindestens hundert andere Mitwirkende gebraucht; Genossen und Genossinnen, die ein Interesse an der schönen Aufgabe des Sprechchors haben, mögen sich am Dienstag einfinden. Der Wortlaut des Chors ist inzwischen eingetroffen und gelangt zur Verteilung.

* **Die Zentralbibliothek Halle**, Burgstraße 27, hat die Zahl ihrer Leserkunden im September bereits verdoppelt. Der Ausleihebetrieb ist wieder flott im Gange. Es wurden im August 253 Bücher entliehen, im September dagegen 526. Auf die einzelnen Wissensgebiete verteilen sich die entliehenen Bücher: 1. Parteiliteratur 24 Bände; 2. Geschichte 41 Bände; 3. Naturwissenschaft 80 Bände; 4. Philosophie 13 Bände; 5. Soziale Romane 115 Bände; 6. Jugendschriften 58 Bände; 7. Klassiker 10 Bände; 8. Sammelwerke 7 Bände; 9. Technik 5 Bände. Die Ausleihestunden sind Dienstags und Donnerstags von 6 bis 8 Uhr abends. Es ist wünschenswert, wenn jeder Leser seine gewünschten Bücher, nach Abteilung und Nummer geordnet, auf einem Papierstreifen vermerkt, damit der Betrieb nicht unnötig aufgehalten wird. Die 14tägige Lesefrist bitten wir einzuhalten, damit die Bücher nicht unnütz in den Ecken liegen. Die noch ausstehenden Bücher, welche vor dem 1. April 1923 entliehen wurden, sind nunmehr sofort zurückzugeben, sonst muß angenommen werden, daß Unterschlagung beabsichtigt ist. Die Folgen trägt der Entleiher.

* **Verlängerung der Polizeistunde?** Die bürgerliche Presse meldet: Die wiederholten Vorstellungen der Berufsvertretungen des Gastwirtgewerbes wegen einer Verlängerung der Polizeistunde sind erfolgreich gewesen. Es wird gegenwärtig im Preußischen Ministerium des Innern eine Verordnung vorbereitet, nach der eine Erleichterung in der Polizeistunde eintreten soll. Es ist geplant, vorläufig für Sonnabend und Sonntag die Polizeistunde auf 1 Uhr nachts heraufzusetzen.

* **Der Volks-Feuerbestattungsverein Halle und Umgegend** hielt am Freitag eine außerordentliche Generalversammlung ab. Aus dem Kassen- und Geschäftsbericht war zu ersehen, daß auch dieser Verein unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen sehr zu leiden hat. Infolgedessen sah sich die Verwaltung gezwungen, für den Monat Oktober einen Gesamtbeitrag von 20 Millionen Mark vorzuschlagen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Zum Schluß wurde noch angeregt, daß die Mitglieder ihre Beiträge so schnell wie möglich in den Zahlstellen begleichen sollen.

Theater und Konzerte

Volksbühne: Spieltage nächster Woche: Montag: Alles um Liebe (C 2. Wert), Mittwoch: Der Freischütz (M 1. Wert), Donnerstag: Propheten von Jahst (K 2. Wert).

Stadttheater. Heute, Montag, 7½ Uhr, wird Eulenbergs Komödie „Alles um Liebe" zum letzten Male gegeben. Dienstag und Mittwoch „Freischütz", Donnerstag „Propheten" von Hanns Jahst, Freitag und Sonntag „Figaros Hochzeit" in neuer Einstudierung, Sonnabend „Zigeunerliebe", Operette von Lehar. Für diese Woche gelten bis einschließlich Freitag folgende Kassenpreise, die sich für die Abonnenten um 25 Prozent ermäßigen: Vorbühnenlaube und 1. Ringlaube 400 Millionen Mark, 1. Ring und Sessel 300 Millionen Mark, Sperrsitz 320 Millionen Mark, 1. Platz 280 Millionen Mark, 2. Platz 240 Millionen Mark, 2. Ring Vorderreihen 240 Millionen Mark.

Filmnachrichten

CT. am Riebeckplatz. Der Spielplan dieser Woche ist ein recht guter. Der achtaktige Film „Die Königin von Saba" ist wirklich eine Sehenswürdigkeit; wunderbare Aufnahmen und eine Massenwirkung zeigen die neueste Filmtechnik. Der Film führt ein historisches Gemälde aus dem Morgenlande. Insolge der Länge des Films fällt der Bühnenteil diese Woche fort, doch ist für ein gutes Beiprogramm gesorgt.

Aus der Provinz

Riesiges Anwachsen des Arbeitslosenheeres

Erhebliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in Sachsen-Anhalt

Ueber die Arbeitsmarktlage in Sachsen-Anhalt im Monat September berichtet das Landarbeitsamt u. a. wie folgt:

„Die Wirtschaftskrise hat im Berichtsmonat an Schärfe zugenommen. Abgesehen von der Landwirtschaft, die gegen Ende des Monats mit dem Einbringen von Kartoffeln und Rüben begann, und der Konserventndustrie, die mit der Verarbeitung der Gemüse- und Obsternte beschäftigt war, trat in allen Berufszweigen durch **Stillegung von Betrieben, Beschränkung der Arbeitszeit und Entlassungen eine erhebliche Verschlechterung der Arbeitsmarktlage ein.** Besonders betroffen waren neben der Bautätigkeit und den Baustoffindustrien die Metall- und Maschinenindustrie, die Papierfabrikation und das graphische Gewerbe, die Herstellung von Tabakerzeugnissen und Schokolade, sowie die Berufe der Schneider und Schuhmacher. Der Abruf von Braunkohle erfuhr eine Abschwächung, was zur Einlegung von Feierschichten und Betriebsschränkungen führte. Erheblich ungünstiger war die Lage im Kalibergbau.

Für das Gastwirtsgewerbe brachte der Abschluß der Saison und die Abnahme des Gasthausbesuches einen fühlbaren Rückgang. Hausangestellte wurden erheblich weniger gesucht, während ihr Andrang stärker war als sonst. Nur die Nachfrage nach Aufwartungen steigerte sich. Für kaufmännische und Bureauangestellte sind zum Ende des Quartals zahlreiche Kündigungen wirksam geworden.

Nach den Ergebnissen der Stichtagzählung vom 17. September waren **bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen 42 385 Arbeitsuchende gemeldet.** Die entsprechende Augustziffer belief sich auf 18 708. Ihnen standen 3831 bzw. 4585 offene Stellen, fast ausschließlich aus den Gruppen der Landwirtschaft, der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und der häuslichen Dienste, gegenüber. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist von 11 423 zu Ende des Vormonats auf 24 396 gestiegen und hat damit den bisher höchsten Stand seit Kriegsende erreicht. Es entfielen auf die Regierungsbezirke Magdeburg 7817 (4219), Merseburg 8811 (2945), Erfurt 4965 (3000) und den Freistaat Anhalt 2803 (1256). Ueber 52 000 (23 500) Kurzarbeiter erhielten Unterstützung.

Es muß gehandelt werden

Aus Dessau wird uns geschrieben:

Die gesamte reaktionäre Presse bespricht in erregter Tonart die Anregung des Landesvorstandes der KPD. an die VSPD., eine gemeinsame proletarische Regierung auch in Anhalt zu bilden, um alle Länder mit proletarischer Mehrheit zu einem festgefügten Roten Block zusammenschließen. Die sozialistische Presse schreibt:

„Auch die Kommunisten in Anhalt haben Gefallen gefunden an der neuesten sozialdemokratisch-kommunistischen Verbrüderung in Thüringen und Sachsen und ersehnen sich für Anhalt das gleiche Eldorado. Der Landesvorstand der Kommunistischen Partei in Anhalt hat, wie wir soeben erfahren, der Sozialdemokratischen Partei das Angebot gemacht, in die Regierung einzutreten und eine gemeinsame proletarische Regierung wie in Sachsen und Thüringen zu bilden. Wenn auch das „Volksblatt für Anhalt" durch die Herren Sinsel und Prien schon längst auf eine solche Bahn hingedrängt hat trotz Peus und anderer führender „Widersacher", so kann man in Anhalt doch annehmen, daß die Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei einem solchen Handel kaum zustimmen dürfte."

Der Hieb hat gesessen. Die Rechtsputschisten versuchen mit allen Mitteln, die proletarische Regierung zu hintertreiben.

Wir konstatieren mit Freuden, nun das Dessauer „Volksblatt" schreibt, daß es Aufgabe des Landesausschusses der VSPD. sein muß, umgehend zu unserm Schreiben Stellung zu nehmen. Auch die Landtagsfraktion soll zu den Beratungen hinzugezogen werden.

Die Kommunisten werden jedenfalls alles tun, um die proletarische Verteidigungsregierung zu schaffen, **mit Entschiedenheit aber verlangen wir, daß sofort und rasch gehandelt wird.**

„Rote Hilfe"

77. Quittung der Bezirksleitung über eingegangene Beträge

Genosse Richard Brehme, Dürrenberg, 10 000 000 Mk.; Arbeiter-Radfahrer-Verein Können, durch Genossen Betzge, 8 000 000 Mk.; P. A., Weißenfels, 500 000 Mk.; Genosse W. Hecht, Obergreißlau, 5 000 000 Mk.; gesammelt beim Werbeabend der Arbeiter-Samariter-Kolonne Hettstedt und Umgegend 12 500 000 Mk.; Verband der Zimmerer, Halle, durch Genossen Buchmann, 25 000 000 Mk.; Genosse Berl, Brehna, 1 500 000 Mk.; Genosse E. Jolt, Trebitz, 500 000 Mk.; gesammelt bei der Hochzeitsfeier, Wittenberg, 320 000 Mk.; Genosse Herm, Dessau, 175 500 Mk.; Genosse Klingner, Wittenberg, 1 000 000 Mk.; Karbidfabrikarbeiter, Piesteritz, 2 000 000 Mk.; 5 Arbeiter der städtischen Gartenverwaltung, Halle, 1 000 000 Mk.; Genossin Winter, Ihlenermühle, 380 000 Mk.; Ortsgruppe Ilsenermühle 207 000 Mk.; gesammelt beim Sportfest des Sportkartells Köthen, durch Genossen Buchholz, 13 216 400 Mk.; Genosse Krause, Köthen, 1 000 000 Mk.; Genosse Bandermann, Halle, 9 000 000 Mk.; Genosse H. Geier, Zörbig, 1 000 000 Mk.; Naturfreunde, Aschersleben, 15 000 000 Mark; Genosse Rhone, Eilenburg, 170 000 Mk.; Genosse O. Lungwitz, Eilenburg, 210 000 Mark; Genosse Pfeiffer, Eilenburg, 1 000 000 Mk.; Genossen Bauer, Wittenberg, 1 000 000 Mk.; Genossen Hetzold, Eilenburg, 1 000 000 Mk.; Ortsgruppe Löbejün 287 600 Mk.; Genosse O. Polterdorf, Eilenburg, 124 000 Mk.; Arbeiter-Bildungsverein, durch Genossen Hetzold, 51 000 000 Mk.; Genosse Büttner, Eilenburg, 1 000 000 Mk.; Oeffentliche Versammlung, Artern, 95 400 000 Mk.; Genosse P. Merchau, Zörbig, 500 000 Mk.; Genosse Krause, Köthen, 20 000 000 Mk.; Genosse H. Siegner, Nienleben, 20 000 000 Mk.; Ungenannt, Sangerhausen, 1 500 000 Mk.; Genosse Strebel, Sandersdorf, 1 640 000 Mk.; J., Weißenfels, 2 000 000 Mk.; Gehalts-Ueberschuß 400 000 Mk.; Ortsgruppe Köthen 205 500 Mk.; Genossin Bauer, Schkeuditz, 9 650 995 Mk.; Union-Versammlung Zerbst, durch Genossen Bertel, 25 000 000 Mk.

Bezirksleitung Halle-Merseburg der KPD. Abteilung II: Sämisch.

Die VSPD. gegen die Einheitsfront der Arbeiter

Man sollte es kaum für möglich halten, und doch ist dem so. Jetzt, wo die Arbeiterschaft sich in einer bisher nie gekannten elenden Lage befindet, wo die proletarischen Kräfte in den Betrieben und Werkstätten im Begriffe sind, sich zusammenzuschließen um gemeinsam zu kämpfen gegen die ungeheure Ausbeutung und gegen das herrschende gräßliche Elend, bringt die Bezirksleitung der VSPD. Halle es fertig, in einem Aufruf an ihre Ortsvereine vor der Bildung einer gemeinsamen Abwehrfront gegen den Faszismus zu warnen. Es muß schlimm um die VSPD. bestellt sein, wenn sie zu einem solchen Aufruf greifen muß, wie er am Freitag im hallischen „Volksblatt" veröffentlicht worden ist. Dort heißt es:

Von einigen Ortsvereinen wird uns mitgeteilt, daß die KPD. in letzter Zeit in einzelnen Orten an unsere Organisationsleitungen herangetreten ist mit dem Ersuchen um Verhandlungen über die **Bildung einer gemeinsamen Abwehrfront gegen den Faszismus.** Die KPD tritt an solchen Fällen nicht immer direkt mit unseren Organisationen in Verbindung, sondern sie bedient sich dazu sehr häufig derjenigen Gewerkschaften und Gewerkschaftskartelle, deren Leitungen sich in den Händen der Kommunisten befinden. Die Stellung der Bezirksleitung gegenüber der KPD. ist unseren Organisationsleitungen bekannt. Wir wollen aber trotzdem nicht unterlassen, unsere Organisationen nochmals ausdrücklich vor irgendwelchen Sonderabkommen mit der KPD. zu warnen. Wir sind uns der von rechtsradikaler Seite drohenden Gefahren voll bewußt und deshalb auch um so mehr bestrebt, die Einheitsfront aller Schaffenden herzustellen. Wir lehnen es aber ab, eine Einheitsfront nach kommunistischem Muster zu errichten. Das Wohl der deutschen Arbeiterklasse steht uns zu hoch. Wir werden deshalb niemals zu unsinnigen kommunistischen Experimenten unsere Hand bieten. Die Einheitsfront kann nicht auf der von den Kommunisten geforderten Grundlage gebildet werden. Im übrigen hat die KPD. gerade in den letzten Tagen erneut den Beweis erbracht, daß sie es nicht ehrlich meint mit der Schaffung einer Einheitsfront mit der VSPD. Es ist ihr lediglich darum zu tun, einen Keil in unsere Partei hineinzutreiben, einzelne Genossen und Organisationen gegen die Gesamtpartei und die Führer unserer Partei auszuspielen. Dazu darf sich keiner unserer Genossen und kein Ortsverein hergeben. Wir fordern unsere Organisationen sowie alle Mitglieder auf, **jede Verhandlung und Bildung von Aktionsausschüssen mit der KPD. abzulehnen.** Maßgebend für die gesamte Bezirksorganisation sind nur die Beschlüsse und Weisungen der Bezirksleitung, die in ständiger Verbindung mit den Gewerkschaften arbeitet. Sollten sich Verhandlungen mit anderen Organisationen als zweckmäßig und notwendig erweisen, so können dieselben nur durch die Bezirksleitung geführt werden. Die einzelnen Organisationen des Bezirks haben sich in dieser Beziehung jedes selbständigen Vorgehens zu enthalten.

Die Bezirksleitung der VSPD. Halle.

Der Aufruf zeigt, daß die proletarische Einheitsfront in unserem Bezirk immer stärker wird. Insbesondere aber die Tatsachen beweisen dies, denn in einer Reihe von Orten sind neuerdings Aktionsausschüsse gebildet worden, in denen sich KPD. und VSPD. vereinigt haben, um den gegen die Arbeiter gerichteten Gefahren entgegenzutreten. Ueberall regt es sich auch in den Mitgliederkreisen der VSPD., die erkannt haben, daß es nunmehr höchste Zeit ist, sich zusammenzuschließen. Freudig ergreifen diese sozialdemokratischen Arbeiter die dargebotene Hand ihrer kommunistischen Kollegen und erklären sich bereit, mit diesen gemeinsam zu kämpfen. Und da kommt die Bezirksleitung der VSPD. mit einem solchen Aufruf, der lediglich wieder gegen die KPD. hetzt! Es wäre zum Lachen, wenn die Situation nicht so furchtbar ernst wäre. Der Aufruf ist geboren aus der Angst, daß die sozialdemokratischen Arbeiter erwachen und nicht mehr hören, was das H. N. H. Schulz und Kasparek jünden täglich predigen. Es gärt bereits gewaltig in den Mitgliederkreisen der VSPD. Ueberall ist man mit der von den Instanzen getriebenen Politik unzufrieden; der Abmarsch der Arbeiter aus dem sozialdemokratischen Lager hat bereits begonnen. Daran wird auch eine neuerliche Kommunistenhetze der VSPD.-Bezirksleitung, die sich in dem Moment, wo in Sachsen, Thüringen, Anhalt usw. die proletarische Einigung sich vollzieht, besonders gut annimmt, nichts ändern. Dem sozialdemokratischen Führerklüngel in Halle scheint diese Einigung gar nicht in den Kram zu passen. Sie glauben, in bisheriger Weise hinwurfeln zu können und stemmen sich gegen alles, was auch nur entfernt nach Einheitsfront riecht. Ein solches Verhalten ist direkt konterrevolutionär, da es sich den Erfordernissen gegenüber der faszistischen Gefahr völlig verschließt.

Trotz alledem bricht sich die Einheitsfront von unten auf immer mehr Bahn. Wenn sie noch nicht restlos aufgerichtet ist, so liegt das, wie auch vorstehender Aufruf beweist, an den führenden Persönlichkeiten der VSPD. Die steigend ungünstige Entwicklung der Verhältnisse und der kurz bevorstehende Endkampf zwischen Kapital und Arbeit wird auch den letzten Arbeiter die Erkenntnis ins Gehirn hämmern, daß alle Proletarier in die gemeinsame Front hineingehören und daß jedwede Sabotage ein Verbrechen an der Arbeiterklasse ist. Dann wird auch das Urteil gesprochen über diejenigen, die glauben, mit solchen Aufrufen die Einheitsfront aufhalten zu können.

An Euch aber, Arbeiter der VSPD., richten wir die Aufforderung, trotz alledem mit uns gemeinsam gegen den Faszismus zu kämpfen. Wir meinen es ehrlich und werden nie Verrat begehen. Eure Partei tut nichts gegen die Gefahren, sie läßt Euch darin umkommen. Deshalb kommt zu uns und **kämpft mit uns!**

*

Das Gewerkschaftskartell Delitzsch, das dem Beispiel vieler anderer Kartelle folgend, auch an die VSPD. und KPD. herangetreten ist, zu dem Zwecke, als Abwehr gegen den Faszismus einen gemeinsamen Aktionsausschuß zu bilden, mußte leider erfahren, daß in Delitzsch die Erkenntnis bei den verbonzten Konsumangestellten und den übrigen „maßgebenden Sozialdemokraten" noch nicht so weit gediehen war, daß sie sich bewußt sein mußten der Gefahren, die der Arbeiterklasse drohen.

Der Kartellvorstand hatte bereits in einer Resolution an den ADGB. zum Ausdruck gebracht, um was es geht und welche Maßnahmen zu unternehmen sind.

Eine erweiterte Kartellsitzung am 8. Oktober sollte dazu dienen, einen gemeinsamen Aktionsausschuß mit den politischen Parteien zu bilden. Die VSPD.-„Führer" waren in der vorausgegangenen Besprechung schon feige geknissen und wollten — abwarten.

In der Kartellplenarversammlung, in der Genosse Menzel ein Referat über den „wirtschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse" hielt, zeigte sich die Erbärmlichkeit des sozialdemokratischen Führerklüngels in vollstem Lichte. Menzels Referat, das von äußerster Sachlichkeit getragen war, wurde oftmals durch Beifall unterbrochen.

In der Diskussion sollten die „Sozialdemokraten" dann Farbe bekennen. Der Lehrer Schwahn, ein Sozialdemokrat neuester Aufmachung, wollte die „Stellung der Sozialdemokratischen Partei" kundtun. Sein Verlegenheitsgestammel bewies, daß diese Sorte Sozialdemokraten nicht den Willen haben, eine Einheitsfront mit den Arbeitermassen zu schließen. Glücklicherweise kann von Delitzsch gesagt werden, daß es auf die zwei Männer wahrlich nicht ankommt, daß die Arbeiter in den Betrieben mit uns Kommunisten längst einer Meinung und bereit sind, in die dargebotene Bruderhand einzuschlagen. Hampe, der unvermeidliche Mann, wollte erst auf den Befehl der zentralen Kirchenschaften warten. Nach seiner Meinung darf eine Einheitsfront ohne Segen der Zentralen nicht eingegangen werden. Genosse Menzel stutzte diese merkwürdigen Sozialdemokraten unter dem Beifall der Versammlung tüchtig zurecht. Vor einer klaren Entscheidung drücken sich diese „Männer des Volkes", dennoch bewies die Entschließung der Versammelten, daß sie mit den Kommunisten einer Meinung in der Frage des Abwehrkampfes gegen den Faszismus sind.

*

Das „Volksblatt" bringt aus Delitzsch einen Bericht über die Versammlung, der sehr „tendenziös" aufgemacht ist. U. a. wird dem Genossen Menzel vorgeworfen, er hätte eine „kommunistische Agitationsrede in übelster Form gehalten", „unqualifizierte Geschimpfe" usw. Demgegenüber sei festgestellt, daß Genosse Menzel lediglich den „Vorwärts" zitiert hat, um die Stellung der sozialdemokratischen Führerschaft zu kennzeichnen. Diese Zitate wirkten natürlich ohne jeden Kommentar wie Peitschenhiebe. Und da Schwahn und Hampe nicht fähig waren, die Zitate zu widerlegen, geschweige zu verteidigen, verlegen beide sich heute im „Volksblatt" aufs Bitten. Die alten Genossen Hufnagel, Rabe und andere, die, trotzdem sie zur VSPD. gehören, von uns als ehrliche Proletarier betrachtet werden, können und werden dem Lügen-„Volksblatt" und seinen Berichtemachern das Gegenteil beweisen. Ein Zitat aus Kautskys „Weg zur Macht" ließ die sozialdemokratischen Einheitsfrontsabboteure besonders die Ohren spitzen:

> Die Staatsgewalt ist überall ein Organ der Klassenherrschaft. Der Klassengegensatz zwischen dem Proletariat und den herrschenden Klassen ist aber so gewaltig, daß das Proletariat nie mit einer herrschenden Klasse zusammen im Staate herrschen kann. Die herrschende Klasse wird stets verlangen und in ihrem Interesse verlangen müssen, daß die Staatsgewalt konstante, das Proletariat niederhaltende zuhalten. Dagegen wird das Proletariat von einer Regierung, an der seine eigene Partei beteiligt ist, stets verlangen, daß die Staatsgewalt ihm in seinen Kämpfen gegen das Kapital helfe. Daran muß jede proletarisch-bürgerliche Koalitionsregierung scheitern. Eine proletarische Partei in einer bürgerlichen Koalitionsregierung wird stets mißhandelt werden an Handlungen zur Niederhaltung des Proletariats, die ihr dessen Mißachtung einbringen, und dabei doch stets durch das Mißtrauen ihrer bürgerlichen Bundesbrüder eingeengt bleiben und an jeder erfreulichen Tätigkeit dadurch verhindert werden. Jedes derartige Regime kann nicht eine Stärkung des Proletariats bringen — dazu gibt sich keine bürgerliche Partei her; es kann dies eine proletarische Partei compromittieren, das Proletariat verwirren und spalten.

Doch die Delitzscher Sozialdemokraten Schwahn und Hampe warten und verüben eine „Tat in Worten". Wie sagte Heinrich Heine:

> „Eine große Tat in Worten,
> Die Du einst zu tun gedenkst.
> O, ich kenne solche Sorten
> Geist'ger Schuldenmacher längst."

Roitzsch. Aus der Partei. Unsere Mitgliederversammlung am 6. Oktober wies diesmal einen erfreulichen Besuch auf. Nachdem über den Ernst der jetzigen Lage und über das fieberhafte Rüsten der Stahlhelmer in der Umgebung genügend diskutiert war, wurde zu den örtlichen Angelegenheiten geschritten. Hier wurde seitens der Genossen heftige Anklage gegen den Genossen Gemeindevertreter Otto Henze geführt und auch begründet. Es erfolgte Antrag auf Ausschluß aus der Partei, der auch einstimmig beschlossen wurde. Diese Versammlung zeigte große Lebendigkeit innerhalb unserer Ortsgruppe. Es muß aber erwartet werden, daß in der jetzigen hochpolitischen Zeit auch in der nächsten Mitgliederversammlung nicht ein einziges Mitglied fehlt.

Eilenburg. Demonstration der Arbeitslosen. Am Sonnabendvormittag demonstrierten die Erwerbslosen vor dem Rathause. Eine Abordnung derselben begab sich zum Oberbürgermeister und trug ihm die Forderungen der Arbeitslosen vor. Da die Stadt ohne Barmittel ist, um solche gewähren zu können, sollen die bedürftigen kinderreichen Familien (rund 200 Erwachsene und Kinder) in der Stadtküche gespeist werden; außerdem sollen für diese Woche die Allerbedürftigsten noch ein Brot erhalten. Die Arbeitslosen sind sich klar darüber, daß erst bei einer neuen Umwälzung der Verhältnisse eine wesentliche Besserung ihrer Lage eintritt, vorausgesetzt, daß die proletarische Einheitsfront hergestellt wird, um den Sieg über das Ausbeutertum erringen zu können.

Neuhaldensleben. Teuerungskundgebung. Am Freitag demonstrierte die Neuhaldensleber Arbeiterschaft in einmütiger Geschlossenheit gegen die Teuerung. Alle Betriebe ruhten. Die Massen sind sehr erregt.

Magdeburg. Die Metallarbeiter lehnen den Schiedsspruch ab. Die am 12. Oktober tagende große Vertrauensmännersitzung des DMV. hat den Schiedsspruch abgelehnt. Die Verwaltung plädierte für Annahme des Spruches. Der Hunger hat die Metallarbeiter-Funktionäre gezwungen, unter dem Druck der Arbeitermassen den Schandschiedsspruch abzulehnen.

Magdeburg. Die Eisenbahner demonstrieren. Am Freitag herrschte unter den Arbeitern der Hauptwerkstätte Buckau große Empörung über die lächerlichen Summen, die man den Eisenbahnern angesichts der Teuerung heute anzubieten wagt. Es kam spontan zu einer Demonstration vor dem Verwaltungsgebäude. Der Betrieb ruhte zwei Stunden. General Müller hat die Arbeitsruhe in lebensnöthigen Betrieben verboten. Doch die hungrigen Eisenbahner brachten infolge Erschöpfung nicht mehr die Energie auf, sich in die Verordnungen des Herrn Generalleutnants zu vertiefen und — demonstrierten!

Magdeburg. Die Ausweisungsschmach. Am Sonnabend erhielt unser Genosse Ullrich, Bezirksbuchhändler, der tschechoslowakischer Staatsangehöriger ist, vom sozialdemokratischen Polizeipräsidenten den Ausweisungsbefehl zugestellt. In dem Ausweisungsschreiben heißt es: „Sie haben am 20. Juli d. J. in Cerbitz in einer unerlaubt unter freiem Himmel abgehaltenen Versammlung die Anwesenden **aufgefordert, der Kommunistischen Partei beizutreten,** um dann nach russischem Muster zu verfahren, weil nur eine solche Regierung dem Lande Segen bringen könnte. Sie haben sich somit staatsfeindlich politisch betätigt und werden daher als lästiger Ausländer gemäß Ausweisungserlaß des Herrn Ministers des Inneren vom 24. August 1923 aus dem preußischen Staatsgebiet ausgewiesen." Verlumpter kann die Sozialdemokratie nicht mehr werden. Früher waren es Sozialdemokraten, die sich genau so wie wir gegen die Ausweisungsschmach wandten. Heute sind es dieselben Leute, die die Ausweisungen verfügen. Aber die Herrschaften werden uns deswegen doch nicht erledigen können.

Heutige Devisenkurse

	15. 10. (nichtamtlich) Geld	Brief	13. 10. (nichtamtlich) Geld	Brief
Amsterdamm	1 690 000 000		2 150 000 000	
Brüssel			285 000 000	
Italien			250 000 000	
London (f. 1 Pfd. Sterling)	19 000 000 000		25 000 000 000	
Neuyork (für 1 Dollar)	4 200 000 000		5 500 000 000	
Paris	255 000 000		335 000 000	
Schweiz	750 000 000		985 000 000	
Wien D.-Oesterr. abgest.				

10 Uhr vorm.: Dollar 4 200 000 000 Mk.

Verantwortlich: Ferdinand Menzel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Merseburgerstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231015-16/fragment/page=0006

Der Küstriner Putsch

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 15. Oktober.**

Aus dem Reichsjustizministerium wird mitgeteilt, daß gegen 14 Teilnehmer am Küstriner Putsch vor dem Kottbuser Sondergericht wegen Hochverrats Anklage erhoben wird.

*

Justizminister ist der Sozialdemokrat Radbruch. An dem Küstriner Putsch waren ungefähr 1500 Stahlhelmleute beteiligt. An den Märzkämpfen 1921 noch nicht ganz soviel Arbeiter. Von den hallischen Sondergerichten wurden über 1000 Arbeiter ins Zuchthaus und Gefängnis geschickt, von den Küstriner Rechtsputschisten werden nur 14 vor Gericht gestellt, während die anderen Teilnehmer noch Fahrgeld dazu bekamen, daß sie nach München fahren konnten, wo sich heute bereits der größte Teil der verhaftet Gewesenen befindet. Es geht doch wirklich nichts über die preußische Demokratie und unsere unabhängige Justiz mit ihrem sozialdemokratischen Justizminister.

Roßbach aus der Haft entlassen

Leipzig, 13. Oktober.

Der Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik hat in seiner heutigen Sitzung den Haftbefehl gegen den Oberleutnant a. D. Roßbach auf dessen erneute Beschwerde aufgehoben und seine Haftentlassung verfügt. Roßbach ist sofort aus der Haft entlassen worden. Die Haftentlassung wird damit begründet, daß Fluchtverdacht und Verdunkelungsgefahr nicht mehr vorliegt. Von der Aussage des Generals Seeckt hängt es ab, ob das Verfahren gegen Roßbach überhaupt weitergeführt wird.

Kahr pfeift auf den Staatsgerichtshof

(Eig. Drahtm.) **München, 15. Oktober.**

Kahr erklärt in der Presse, daß der Haftbefehl des Staatsgerichtshofes gegen Ehrhardt für Bayern nicht besteht und daß derselbe von bayrischen Behörden nicht ausgeführt werden darf. Jetzt braucht das Vaterland jeden „echten deutschen Mann".

*

Der Staatsgerichtshof erhält die Behandlung, die er verdient. Er hat den Hochverrätern und Arbeitermördern die weitgehendsten Schonungen angedeihen lassen. Mitläufer hat er gelinde verurteilt, die Hauptäter entweder laufen oder gar entkommen lassen. Der Fußtritt Kahrs für den Staatsgerichtshof ist die Quittung für die Freilassung Roßbachs. Und unsere famose Reichsregierung wird sich die Verhöhnung ihres Staatsgerichtshofes durch Kahr gefallen lassen müssen, da sie ja alle Hände voll zu tun hat, die Reichsexekutive gegen den mitteldeutschen Block vorzubereiten. Roßbachs Freilassung bedeutet die Vollendung der Rüstungen der Konterrevolution. Für die Arbeiterschaft ist sie ein Warnungssignal.

Zusammenstöße zwischen Reichswehr und Zivilisten

(Eig. Drahtm.) **Frankfurt, 15. Oktober.**

In Frankfurt und Meiningen haben große Erwerbslosendemonstrationen stattgefunden. In Meiningen kam es in der Nacht vom 14. zum 15. Oktober zu einem Zusammenstoß zwischen Einwohnern und Reichswehrsoldaten. Einige Zivilisten wurden verwundet, zwei der Verwundeten sind den Verletzungen erlegen.

Noske läßt die kommunistischen Druckereien von Schupo besetzen

(Eig. Drahtm.) **Hannover, 15. Oktober.**

In Hannover ist unsere Druckerei und das Sekretariat von der Schupo besetzt. Die Betriebsrätevollversammlung wurde aufgelöst und sämtliche Teilnehmer verhaftet.

Die „Hamburger Volkszeitung" verboten

Hamburg, 13. Oktober.

Der General des Wehrkreiskommandos II hat die „Hamburger Volkszeitung" verboten, weil sie in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zu Gewalttätigkeiten auffordert und anreizt. In fast jeder Ausgabe wird u. a. die Forderung zur Bildung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung, Vorbereitung des Generalstreiks, Entwaffnung der Reichswehr und Sipo und Bewaffnung der Arbeiter erhoben, und zwar in einer Weise, daß die Leser, vorwiegend Arbeiter, zur „gewaltsamen" Durchsetzung dieser Forderungen angereizt werden.

*

Unter dem Generalsstiefel darf aber die kommunistische Presse der Arbeiterschaft nicht die Wahrheit sagen. Mit der „Hamburger Volkszeitung" sind in der „freiesten" Republik der Welt, in Ebert-Stinnes-Deutschland 23 kommunistische Zeitungen verboten.

Die proletarische Front entwickelt sich

(Eig. Drahtm.) **Benrath, 14. Oktober.**

Auf Anregung der oppositionellen Betriebsräte wurde in Gesenkirchen ein Aktionsausschuß der Industriegruppe Metall gebildet, der an alle Arbeiterorganisationen herantreten und für die Verbreiterung arbeiten soll.

Aktionsausschüsse in Kiel

Die Gewerkschaften sabotieren

(Eig. Drahtm.) **Kiel, 14. Oktober.**

In Kiel sind gestern morgen in der Reichswerft und in den Reichswerken Friedrichsort die Arbeiter gemaßregelt worden. In sämtlichen Großbetrieben Kiels und einer ganzen Anzahl Kleinbetriebe hat gestern vormittag die Arbeit geruht. In allen Betrieben wurden Aktionsausschüsse gewählt. Die Aktionsausschüsse hielten um 12 Uhr im Gewerkschaftshaus eine Sitzung ab, zu der sie die Vertreter der politischen Arbeiterparteien und der Gewerkschaften geladen hatten. Die Vertreter der SPD., KPD. und USPD. waren erschienen. Der Vertreter der Gewerkschaften, Ehlers, erklärte, die Gewerkschaften wären mit wirtschaftlichen Fragen vollauf beschäftigt und hätten keine Zeit, sich mit politischen Dingen zu befassen. Es wurde ein gemeinsamer Zentralkopf gewählt, der neue Verhandlungen einleiten soll.

Die freigewerkschaftlichen Beamten gegen Ermächtigungsgesetz und Ausnahmezustand

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 13. Oktober.**

Eine Funktionärversammlung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes in Berlin nahm nach einem Referat Falkenbergs und nach zustimmender Diskussion einstimmig eine Entschließung an, die sich gegen die unzulängliche Besoldungsregelung, für die energische Bekämpfung des Wuchers, für sofortige Bildung der Einheitsfront, gegen die Annahme des Ermächtigungsgesetzes und für sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes ausspracht.

Diese Beschlüsse der Beamtenfunktionäre zeigen, daß die breiten Massen der Beamten sehr gut die Gefahr erkannt haben, die ihnen von der Diktatur der Schwerindustrie droht. An den Führern liegt es, endlich über unfruchtbare Diskussionen und papierne Aufrufe hinauszugehen und praktische Schritte zur Bildung von Aktionsausschüssen und Abwehrformationen zu tun.

Die Rote Regierung gegen die Produktionssabotage

Das sächsische Gesamtministerium hat auf Grund des Artikels 48, Abs. 4, der Reichsverfassung folgende Verordnung über Erhaltung der Arbeitnehmer in den Betrieben erlassen:

1. Entlassungen von Arbeitnehmern dürfen nur vorgenommen werden 1. aus einem Grunde, der nach dem Gesetz zur Kündigung des Dienstverhältnisses ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist berechtigt. 2. Auf Grund einer Kündigung, die vor dem Tage der Verkündung dieser Verordnung stattgefunden hat und auch ohne diese Verordnung zulässig wäre. 3. Auf Grund von § 4, Abs. 1. 4. Gegenüber einem Arbeitnehmer, der nur zur vorübergehenden Aushilfe oder für einen vorübergehenden Zweck angenommen worden ist, sofern seine weitere oder anderweitige Beschäftigung im Gesamtbetrieb nicht möglich ist. 5. Wenn die in § 2 vorgesehene Betriebsaussetzung nach den Verhältnissen des Betriebes nicht möglich ist.

2. An Stelle von Entlassungen, die nach § 1 nicht vorgenommen werden dürfen, kann nur eine Arbeitsstreckung durch Herabsetzung der Wochenarbeitszeit bis auf 8 Stunden oder falls eine Arbeitsstreckung nach den Verhältnissen des Betriebes nicht möglich ist, eine Aussetzung des Betriebes im ganzen oder zum Teil eintreten. Im Falle der Arbeitsstreckung findet § 12, Absatz 2, der Entlassungsverordnung vom 12. Februar 1922 sinngemäß mit der Maßgabe Anwendung, daß der Arbeitgeber in allen Fällen eine Kürzung des Lohnes oder Gehaltes erst vornehmen darf, wenn er 14 Tage vorher die Arbeitsstreckung durch Anschlag in den Betriebsabteilungen angekündigt hat. Eine Betriebsaussetzung darf der Arbeitgeber erst vornehmen, wenn er sie vier Wochen vorher durch Anschlag in den Betriebsabteilungen angekündigt hat.

3. Will der Arbeitgeber seinen stillgelegten Betrieb im ganzen oder zum Teil wieder aufnehmen, so hat er dies unverzüglich durch Anschlag in den Betriebsabteilungen bekanntzumachen und so weit als möglich diejenigen Arbeitnehmer wieder einzustellen, die nach dem 14. August 1923 aus seinem Betrieb entlassen worden sind, wenn sie sich binnen einer Woche nach der Bekanntmachung zur Wiedereinstellung gemeldet haben.

4. Doppelverdiener sind unverzüglich unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von einer Woche zu entlassen, sofern nicht ausnahmsweise ihre Weiterbeschäftigung notwendig erscheint. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Entlassung unverzüglich dem örtlichen Arbeitsnachweis mitzuteilen.

5. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, an Stelle des nach § 4 entlassenen Arbeitnehmers sofort einen Erwerbslosen einzustellen, sofern er von dem öffentlichen Arbeitsnachweis zugewiesen wird und geeignet ist, den entlassenen Arbeitnehmer im Betriebe zu ersetzen.

6. Pfuscharbeiten dürfen von Arbeitnehmern nicht vorgenommen werden.

7. Bei jedem öffentlichen Arbeitsnachweis sind aus den Verwaltungsausschüssen oder den Fachausschüssen ein oder mehrere paritätisch besetzte Unterausschüsse zu bilden.

8. Der Unterausschuß entscheidet, tunlichst nach Gehör des Arbeitgebers, der Betriebsvertretung und der zuständigen Fachorganisationen endgültig bei allen Streitigkeiten, die sich bei der Durchführung dieser Verordnungen ergeben, insbesondere über

1. Entlassungen nach §§ 1 und 4.
2. Arbeitsstreckungen oder Betriebsaussetzungen nach § 2,
3. Wiedereinstellungen nach § 3,
4. Einstellungen nach § 5,
5. Pfuscharbeiten nach § 6.

Der Unterausschuß ist von dem beteiligten Arbeitnehmer oder Arbeitgeber oder deren gesetzlichen oder beruflichen Vertretungen und im Falle des § 4 auch von dem öffentlichen Arbeitsnachweis binnen drei Tagen nach Kenntnis von der zur Entscheidung gestellten Angelegenheit anzurufen. Der Unterausschuß hat seine Entscheidung unverzüglich zu treffen. Die Entscheidung schafft Recht zwischen dem beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Zuständig ist der Unterausschuß, in dessen Bezirk die beteiligten Arbeitnehmer beschäftigt sind. Sind die Arbeitnehmer in den Bezirken mehrerer Unterausschüsse beschäftigt, so ist derjenige zuständig, der zuerst angerufen worden ist. Im Zweifel entscheidet das Landesamt für Arbeitsvermittlung, welcher Unterausschuß zuständig ist.

9. Der Unterausschuß wird zur Vorbereitung seiner Entscheidung nach § 8 ermächtigt, alle Anordnungen zu treffen, die geeignet erscheinen, die Verhältnisse des Betriebes aufzuklären.

Er ist insbesondere befugt,

1. durch das zuständige Gewerbeaufsichtsamt die technischen Verhältnisse und durch den zuständigen Handelskontrolleur des Gewerbeaufsichtsamtes die wirtschaftlichen Verhältnisse des Betriebes sowie die Geschäftsbücher, Geschäftskorrespondenzen und alle sonstigen den Geschäftsbetrieb betreffenden Unterlagen des Arbeitgebers nachprüfen zu lassen,

2. von dem Arbeitgeber oder der sonst verantwortlichen Person des Betriebes eine eidesstattliche Versicherung über das Betriebsvermögen und über die Verhältnisse zu fordern, aus denen der Arbeitgeber herleitet, daß die Fortführung des Betriebes in dem bisherigen Umfange, die Arbeitsstreckung oder die Betriebsaussetzung nicht möglich sei.

Der Unterausschuß ist ermächtigt, in dringenden Ausnahmefällen Befreiung von den Vorschriften dieser Verordnung zu bewilligen, insbesondere Entlassungen einzelner Arbeitnehmer zu gestatten, wenn an deren Stelle Erwerbslose in gleicher Zahl eingestellt werden.

10. Als Arbeitnehmer gelten die in einem Betrieb beschäftigten und in den §§ 10, 11, Abs. 1, oder 12, Abs. 1, des Betriebsrätegesetzes bezeichneten Personen.

Hinsichtlich der Arbeitgeber findet der § 14 des Betriebsrätegesetzes entsprechende Anwendung.

Die Betriebe des Reiches fallen nicht unter diese Verordnung.

11. Arbeitgeber, die den Vorschriften der §§ 1 bis 5, und Arbeitnehmer, die der Vorschrift des § 6 vorsätzlich zuwiderhandeln, werden mit Gefängnis oder mit Geldstrafe allein oder in Verbindung miteinander bestraft; das Höchstmaß der Geldstrafe ist unbeschränkt.

12. Das Arbeitsministerium erläßt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung. Es ist ermächtigt, in Ausnahmefällen Befreiungen von den Vorschriften dieser Verordnung zu bewilligen.

13. Diese Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in der „Sächsischen Staatszeitung" in Kraft und spätestens 3 Monate nach ihrer Veröffentlichung außer Kraft.

Dresden, am 8. Oktober 1923.

Das Gesamtministerium.
Dr. Zeigner, Ministerpräsident.

*

Mit dieser Verordnung hat die sächsische Regierung den Kampf gegen die Produktionssabotage aufgenommen. Sie ist zugleich die beste Erwerbslosenfürsorge. Dadurch zeigt die Rote Regierung in Sachsen, daß sie eine proletarische Politik zu treiben gewillt ist.

In Preußen ist der Minister für Handel und Industrie, also der Wirtschaftsminister, der Sozialdemokrat Siering. Er hat es bis heute noch nicht fertig bekommen, die Arbeiterschaft gegen die Produktionssabotage, gegen die Arbeitslosigkeit zu schützen. Im Gegenteil, die Unternehmer bekommen freie Hand zu jeder Betriebsstillegung. Die vorstehende Verordnung zeigt den fundamentalen Unterschied zwischen den Maßnahmen einer Roten Koalitionsregierung und einer sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung. Hier Zwang gegen die sabotierenden Unternehmer und Schutz der Arbeiterklasse gegen die Folgen der Produktionssabotage und dort vollkommene Freiheit für die sabotierenden Unternehmer.

Die Verzweiflung der hungernden Mütter

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 15. Oktober.**

In Berlin-Schöneberg haben die hungernden Mütter die Verantwortung für die weitere Ernährung ihrer Kinder und Säuglinge abgelehnt. Sie erklärten, diese Woche die Säuglinge auf das Rathaus zu tragen und dem Magistrat die weitere Ernährung zu übertragen.

Militär gegen die Streikenden in Oberschlesien

(Eig. Drahtm.) **Kattowitz, 15. Oktober.**

Die Streiklage in Oberschlesien hat sich verschärft. Die Regierung hat erklärt, daß alle Angestellten, Arbeiter und Beamten der Staatsbetriebe sofort fristlos entlassen sind, die nicht weiter arbeiten. Auf der Post wurde die Arbeit teilweise wieder aufgenommen. Die Eisenbahner haben trotz dieser Drohung den Zugverkehr nicht aufgenommen. Die Druckerei des sozialdemokratischen Blattes ist militärisch besetzt. Es kam an mehreren Orten bereits zu Zusammenstößen. Mehrere Arbeiter wurden verletzt.

Goldmark für die Schieber und Wucherer — Papiermark für die Arbeiterschaft

(Eig. Drahtm.) **Berlin, 15. Oktober.**

Das Reichskabinett hat beschlossen, die Verordnung über die neue Währung sofort bekannt zu machen. Die Papiermark bleibt für die Arbeiterentlohnung aufrecht erhalten. Die Wertbestimmung dieser Papiermark ist dem freien Markt überlassen.

Generalstreik in Blankenburg

Blankenburg (Harz), 15. Oktober.

In Blankenburg und den umliegenden Bezirken ist der Generalstreik ausgebrochen. Die Arbeiter fordern Goldlöhnung.

Der Erfolg des Unterdrückungsfeldzuges gegen die KPD.

Mit allen Mitteln versucht die schwerindustrielle Regierung das Proletariat mundtot zu machen. Unterdrückung der Presse, Verhaftungen von Kommunisten überstürzen sich. Doch alle Verhaftungen und Verbote können die Entwicklung nicht aufhalten. Das Proletariat sammelt sich um das Banner der Kommunistischen Partei. Versammlungsverbote in Eisleben, Zahna und anderen Orten bedeuten keinen Abbruch. Die Kommunistische Partei arbeitet zu jeder Stunde, die Kommunisten arbeiten unaufhörlich. Trotz Verbote, trotz Unterdrückung, trotz Haussuchungen und Verhaftungen dauernder Aufstieg der Kommunistischen Partei. Aus allen Orten werden uns Zunahmen der Partei berichtet; so z. B. eine Zunahme von Mitgliedern in Weißenfels: in kurzer Zeit 42 Genossen, in Deuben 13, in Torgau 18, in Piesteritz 67, in Golpa 26, in Wolfen 16, in Volksstedt 14, in Belgern 30, in Zeitz 29 und in Naumburg 21 Genossen. Das ist nur ein kurzer Auszug der Erfolge der letzten Tage. Dazu kommen Abonnentengewinne, von denen wir einige aufführen wollen: Cunena 8, Zeitz 12, Zörbig 8, Golpa 9, Salzfurth 10, Piesteritz 31, Torgau 8, Schladitz 18, Unterrißdorf 6, Holzweißig 20, Friedersdorf 15 usw.

Besonders bemerkenswert ist, daß ein Zugang von Abonnenten trotz wachsender Arbeitslosigkeit und unerhörter Produktionssabotage des Unternehmertums zu verzeichnen ist. Hervorzuheben ist außerdem das Resultat von Piesteritz, wo es den Genossen vor allem durch die systematische Betriebszellenarbeit gelungen ist, den Mitgliederstand um 67 und den Abonnentenstand um 32 zu erheben.

Auch die übrigen Ortsärzten, die nicht solche Ergebnisse, sondern geringere Erfolge zu verzeichnen haben, müssen sich ein Beispiel an den oben genannten Ortsgruppen, insbesondere an dem von Piesteritz, nehmen.

Der russische Kommandierende des Roten Kreuzes in Polen erschossen

(Russische Telegraphen-Agentur.)

Moskau, 15. Oktober.

Am 8. Oktober ist im Grenzbezirk Molyn der Kommandierende des Roten Kreuzes, Gerzenstein, von polnischen Gendarmen erschossen worden. Gerzenstein hatte bei der Grenzfestsetzungskommission polnisches Gebiet betreten. Die polnischen Behörden weigern sich, die Leiche den Sowjetbehörden zu übergeben.

Der Siegeszug der 3. Internationale

Moskau, 14. Oktober.

In Petrosadowsji fand am 10. Oktober bei der Eröffnung des vierten karelischen Rätekongresses die Ausrufung der Räterepublik in Karelien statt.

Die Mark ist pfutsch. Der Lübecksche Senat beschloß die Herausgabe einer wertbeständigen auf Schwedenkronen lautenden Anleihe zur Schaffung werbender Anlagen. Die Zeichnungseröffnung erfolgt voraussichtlich am 17. Oktober. Die Durchführung liegt in den Händen eines Konsortiums Lübecker, Hamburger und Kölner Banker unter Führung der Lübecker Kommerzbank.

Ausland

Die spanische Mordjustiz

Vor zwei Jahren wurden in Berlin bekanntlich einige Spanier verhaftet, darunter der Genosse Nicolau Fort und seine Frau, unter der falschen Beschuldigung, daß sie an der Ermordung des spanischen Ministerpräsidenten Dato beteiligt seien. Unter Bruch der Auslieferungsbestimmungen, die überhaupt nur Geltung hätten haben können, wenn es sich um die Ermordung eines Staatsoberhauptes, nicht aber eines Ministers handelte, wurden die Beschuldigten an die Weißen Henker nach Spanien ausgeliefert. Der sozialdemokratische Justizminister Radbruch suchte damals sein empörendes Verhalten dadurch zu mildern, daß er erklärte, die spanische Regierung sei dahin verständigt worden (auf diplomatischem Wege), daß man erwarte, die Todesstrafe werde an den Ausgelieferten nicht vollstreckt werden. Jetzt aber sind die Angeklagten Nicolau Fort und Mateu dennoch zum Tode verurteilt worden, während die übrigen sechs Angeklagten freigesprochen wurden. Das Urteil ist um so empörender, als die Belastungszeugen völlig versagten und selbst der Staatsanwalt die veränderte Sachlage zugab. Der spanische syndikalistische Gewerkschaftsbund hat an die Arbeiter aller Länder einen Aufruf mit der Aufforderung gerichtet, durch eine große Protestkundgebung das Leben von Nicolau und Mateu zu retten. Die spanischen Arbeiter mahnen in diesem Aufruf angesichts der großen Gefahr, daß an den beiden Genossen der Justizmord vollzogen wird, die Arbeiter der übrigen Länder: „Euer Protestschrei muß vor den Konsulaten und Gesandschaften Spaniens erschallen. Organisiert Versammlungen, schickt Protesttelegramme an die Diktatoren, die Spanien regieren."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231015-16/fragment/page=0007

Leben · Wissen · Kunst

Die Krähen

15] Roman von Janos Gyetvai

Karoly kam aus Budapest zurück. Forderte alle auf, in die Rote Armee einzutreten, Rotgardisten zu werden. Viele meldeten sich, sehend, wie der Würfel gefallen war. Auch die Söhne der Reichen. Doch wurden diese nicht aufgenommen, sondern nur die Armen. Einige Tage darauf erschienen dennoch jene Rote Soldaten, die Karoly abgelehnt hatte. Der Kommandant ließ den Gutsherrn, den Pächter Wahrmann, den Notar und einige von den reicheren Bauern verhaften. Sie wurden, wie wir später erfuhren, vor das Revolutionstribunal gestellt und eingesperrt.

Freilich sagte jeder, dies sei Karolys Werk, er habe die Soldaten aus Budapest angefordert. Karoly verteidigte sich nicht, bekräftigte es aber auch nicht.

Seine Wunden heilten. Er vergaß, was geschehen war, lebte wieder nur der Arbeit. War von dem einzigen Bestreben erfüllt, alles so zu machen, bei jeder Sache so zu helfen, wie es das beste, das klügste war. Sagte, das wichtigste sei, daß aller Boden besäet werde. Er kam, ging, lief herum, schuftete bei Nacht und bei Tag. Doch tat er nichts eigenmächtig. Besprach alles mit dem Dorfsowjet, dem Rat der Armen.

Seine zweite Hauptsorge war, das Dorf möge der Roten Armee je mehr Soldaten geben. Er sagte, auch Rußland habe auf diese Art alles gerettet.

Ich begann glücklich zu sein. Karoly sprach jetzt auch mit mir immer herzlicher. Die Sache der Armen machte ihn glücklich und noch gütiger, als er bisher war.

Alles brach zusammen ...

Und plötzlich kam jener Tag, an dem alles zusammenbrach. Damals erreichte auch mein Kalvarienweg den Gipfel. Tage folgten, die furchtbarer waren als alles, was mich bisher heimgesucht hatte. Ihr wißt ja auch, wie es war, wißt nur nicht, was hier in meinem Innern sich vollzog, in meiner Seele. Ihr faßtet, ich hätte den Verstand verloren. Ich weiß es nicht. Ist es aber wirklich wahr, so bin ich in jenen Tagen und in jener grauenvollen Nacht wahnsinnig geworden. Und seither kann ich meine Seele nicht finden. Ich suche sie, finde sie aber nicht. Die Krähen haben mir sie geraubt. Hört Ihr's, wie sie auch jetzt vom Friedhof herüberkrächzen?

Alles brach zusammen.

In der Gemarkung des Dorfes erschienen fremde Soldaten, rumänische Soldaten.

Karoly wollte trotzdem alles halten. Sagte, er werde auf seinem Posten ausharren, selbst wenn er ganz allein bleibt.

Und wahrlich, er blieb allein; alle ließen ihn im Stich. Im Nu hatten alle ihre Gesinnung gewechselt, als hätten sie mit alldem nicht das geringste zu tun gehabt.

Die Herren und die duckmäuserischen Bauern aber kamen wieder hervorgekrochen.

Die fremden Soldaten rückten ins Dorf ein und ihr Erstes war, den Dorfsowjet zu verhaften, vor allem Karoly. Die Großbauern führten sie, die Unterweisungen aber gab ihnen der Notar.

Karoly wurde gefesselt fortgeführt. Nachts kamen sie ihn holen. Er schlief nicht. Saß am Tisch, dachte nach und war grenzlos traurig. Ging zu dem kleinen Bett, in dem Karolyka schlief, neigte sich über das Kind und betrachtete es. Küßte es dann sanft. Er kam auch zu mir. Ich saß auf dem Bänkchen neben dem Kamin. Setzte mich nicht nieder, hätte ohnehin nicht schlafen können. Ich hielt die Hände im Schoß gefaltet und blickte so vor mich. In meinem Kopf kreisten wie brennende Vögel die Gedanken. Immer wieder dachte ich: es kann ja nichts Schlimmes geschehen, war doch Karoly in allem und jedem gegenüber so gut, so edel. Ich konnte ja nicht wissen, wie grenzenlos die menschliche Ruchlosigkeit und die bestialische Seelenlosigkeit der Reichen zu sein vermag.

Die Soldaten kamen herein. Gingen sofort mit den Gewehrkolben auf Karoly los.

Ich kniete vor sie hin. Sie stießen mich beiseite. Schleppten Karoly fort. Ich folgte ihnen.

Das Haus der Kokais war erhellt, und mir schien, daß sie auf dem Hof, vor der Tür standen und zusahen, wie Karoly weggeschleppt wurde.

Schluchzend folgte ich Karoly, den die Soldaten unaufhörlich schlugen und mit dem Gewehrkolben vorwärts stießen.

„Tut ihm nichts, schlagt ihn nicht", sagte ich weinend, „auch er tat niemandem etwas und ließ keinem ein Leid zufügen."

Die Soldaten verstanden nicht, was ich sagte. Der eine drehte sich um und schlug mich mit dem Gewehrkolben auf den Kopf.

Ich fiel hin.

Karoly blieb stehen und wollte zu mir. In seinem Blick flammte furchtbare Empörung. Als wollte er sich auf die Soldaten stürzen. Ich lag auf der Erde, der Schlag ließ mich nicht aufstehen und mir war, als fühlte ich um mich den Hauch des Todes; trotzdem durchzuckte in diesem Augenblick Freude mein Herz: Karoly schützt mich, betrachtet mich nunmehr als die Seine.

Der Soldat richtete gegen Karolys Brust das Bajonett.

„Mich könnt Ihr erschlagen, aber sie laßt in Frieden", sprach Karoly.

Ich erhob mich mühselig und folgte ihnen taumelnd. Werde so lange gehen, dachte ich, wie ich Atem habe

Hier und dort schauten aus den Häusern die Leute. Diese Nacht schlief keine Seele im Dorf. Die Häuser der Reichen waren erhellt. Sie standen vor den Türen, hörten und sahen zu, wie die Führer der Armut zusammengefangen wurden, die Insassen aber schwiegen in dunkler Stube und bangten, ob auch sie schon geholt würden.

Doch wißt Ihr dies ebenso gut wie ich.

Karoly wurde ins Gemeindehaus gebracht. Damals befanden sich dort schon viele, die zusammengefangen worden waren.

Ich wollte hinein. Wurde von der Treppe des Gemeindehauses gestoßen.

Taumelte, die Hände ringend, vor dem Fenster auf und ab. Die Notarskanzlei war erhellt, dorthin wurden die Fortgeschleppten gebracht.

Der Notar saß an der Spitze des Tisches, rauchte Zigaretten und maß mit spöttischem, bösem Lächeln die Eingebrachten.

Auch der Gutsherr war zugegen, und auch der Pächter Wahrmann. Sie waren am Abend aus dem Berettyóujfalu Gefängnis gekommen, aus dem sie die rumänischen Soldaten befreit hatten. Lümmelten jetzt an dem Tisch, betrachteten die Gefangenen und paffen an ihren dicken Zigarren. Der Gutsherr kam ans offene Fenster, neigte sich hinaus und hielt Umschau. Als er zurückging, stieß er den, der ihm am nächsten war, mit dem Fuß.

„Hunde! Diesmal wird es nicht wie am zweiten Male sein!" So sprach er.

Der Pächter Wahrmann trat auf Koloman Meßgaros zu, der dem Dorf-Sowjet angehört hatte, und fragte:

„Wolltest also ein Herr sein, mein Sohn Koloman? Herren pflegen Zigarren zu rauchen. Ich will Dir eine anbieten. Hier hast Du, mein Sohn!"

Und er preßte das brennende Ende seiner Zigarre in Kolomans Mund. Koloman brüllte vor Schmerz auf, worauf ihm der Gutsherr einen solchen Faustschlag in die Magengegend gab, daß der arme Mensch nach rückwärts taumelte. Der Notar lachte auf.

Es waren auch einige jener Großbauern dort, die seinerzeit zusammen mit den Herren verhaftet und eingesperrt worden waren.: So auch Miajesi. Dieser sprach gelassen in der eingetretenen Stille „Das Blatt hat sich gewendet, Koloman. Das Herrenspielen war kurz wie der Traum einer Sommernacht."

Die übrigen schwiegen. Einige machten sich bereits langsam aus dem Staub.

Jetzt wurde Karoly gebracht. Sie stießen ihn durch die Tür ins Zimmer.

Sein Gesicht war ganz von Blut überströmt. Ich schrie auf, da ich ihn erblickte.

Der Gutsherr kam ans Fenster, neigte sich heraus, erkannte mich. „Pack Dich von hier, Du Dirne! Deinen Mann siehst Du nicht mehr lebendig wieder."

„Tut Karoly nichts, auch er hat niemandem ein Leid zugefügt."

Der Gutsherr verließ das Zimmer.

Karoly wurde von den beiden Gendarmen begleitet, die auch am zweiten Mai so plötzlich zur Stelle gewesen waren. Die hatten Karoly so furchtbar blutig geschlagen, ehe sie ihn hereinbrachten.

Sie stießen ihn, wie ich schon sagte, durch die Tür.

Karoly rann das Blut in dicken Strömen übers Gesicht.

Ich hörte noch, wie der Notar zu Karoly sagte:

„Na, Herr Genosse, wollen Sie nicht ein Hoch auf die Proletarier-Diktatur ausbringen? Wer war's, der uns am zweiten Mai verhaften ließ?"

Weiter hörte ich nichts, denn der Gutsherr erschien mit zwei fremden Soldaten im Tor, diese kamen zu mir, packten mich, zerrten, pufften mich ins Gebäude. Sie schleiften mich zu einer Zelle, stießen mich hinein und verschlossen die Tür.

„Hier, Dirne, kannst Du brüllen, solange Du willst" — sagte der Gutsherr.

(Fortsetzung folgt.)

Aufruf

Warum Ihr so leidet? — Wir wollen's Euch sagen. —
Ihr selbst habt den Heiland ans Kreuz nicht geschlagen.
Wie schliefst Ihr den Schlaf der Gerechten so tief,
Als Rosa und Karl Euch zum Kampfe einst rief?
Da hocktet am Ofen Ihr, weitab vom Schuß
Oder brülltet gar: „Nieder mit Spartakus!" —

Sie kämpften und litten — der Tod ward ihr Sold —
Für Eure Freiheit, die Ihr nicht gewollt!
Noch sterbend weinten sie — Zukunftsverkünder —
Ueber Euch Toren und Eure Kinder.

Fünf Jahre im Grabe schon modern sie.
Und nun? Fünf Jahre Aufsau der Demokratie!
Fünf Jahre Elend Schmach und Schande.
Der Feind steht tief im deutschen Lande.
Nicht nur am Rhein würgt Poincaré.
Kapital und Faszismus würgt auch an der Spree.

Keine Arbeit, keine Kleider, keine Schuh, kein Brot
Und der Winter vor der Tür mit Kältetod.
Und dieselben Gewehre, die Liebknecht erschlagen,
Schußfertig auf Euren hungernden Magen.

Wacht auf, Ihr Betrogenen, schließt die Reihen geschwind,
Wir gleiden Zyklopen, wenn einig wir sind.
Erfüllt das Vermächtnis, das Jene erstrebt.
Spartakus, der Sklavenbefreier, lebt!
Steig herab vom Kreuze, Proletariat,
Macht frei die Erde, macht frei die Tat!

Karl Lüneberg.

Des Dichters Herz ...

Von John Lassen.

(Deutsch von Stefan J. Klein.)

Die meisten Leute haben bereits vom Seismograph gehört, jenem Instrument, das unter der Erde aufgestellt wird. An diesem Instrument zeigt eine Nadel mit nervösen, meßausschwingenden Linien, wenn die Erde an irgendeinem Punkt erbebt. Ein ähnliches Instrument ist des Dichters Herz, das allen Schmerz der armen leidenden Welt enthält. In des Dichters Herz schwingt der leidenden Menschheit bebender Schmerz.

Aber des Dichters Herz ist vollkommener als das erdbebenanzeigende Instrument. Es zeigt nicht nur den Schmerz der Menschen an, sondern weißt auch den Weg, der zum Pfad ungetrübter Freude führt. Auf dem wahren Weg, denn so heißt dieser Weg, leuchten kleine Lämpchen. Diese Lämpchen — Herzen der proletarischen Agitatoren, Organisatoren, Volkswirtschaftler, Politiker und Staatsmänner — erhellen den Weg für die nach Wahrheit und Befreiung suchenden unterdrückten Arbeiter.

Der Dichter, von dem ich jetzt berichten will, hatte ebenfalls ein solches Herz. Manchmal schaute er über die Welt dahin. Und sah der Kriege viele, zahllose unschuldige Tote, und die Sklaven, die gekrümmten Rückens das Joch der Fronarbeit schleppen, und sein Herz sah den Schoß der Bergwerke, wo unglückliche Proleten für andere nach Gold graben.

Starres Entsetzen bemächtigte sich des Herzes. Hungrige Arbeiter stürmten die Läden, während die Bourgeois mit vollem Mund alle duftenden Süße des Lebens schlürften. Und die Bourgois ließen die Hungrigen mit Karätschen auseinandertreiben. Mütter hüllten in Papier die Neugeborenen, und die Säuglinge suchten vergeblich nach der Mutterbrust, denn in dieser war selbst die lebenspendende Milch versiegt.

In tiefen Verliesen sangen niedergeworfene und gequälte Revolutionäre traurige Lieder.

O, des Dichters Herz empfand all den Schmerz. Ihm war, als geschähe all das mit ihm. Und er erlitt ja auch wirklich allen Schmerz der Menschheit. Ist es daher ein Wunder, wenn sein Herz ebenfalls auf dem wahren Weg leuchtete, zusammen mit den Herzen der Revolutionäre, der proletarischen Agitatoren, Organisatoren, Volkswirtschaftler, Politiker und Staatsmänner?

Doch trieb mit dem Herzen das Schicksal sein seltsames Spiel! Es bettete das brennende Herz in eine eitrige, häßliche, kranke Körperhülle, so daß des Dichters armes Herz vergeblich weithin sichtbar auf dem wahren Weg leuchten wollte: der Glanz wurde von der schmutzigen, häßlichen, eitrigen Hülle immer wieder verdunkelt. Des Herzens schönste Melodien wurden erdrosselt von den häßlichen, roten, stäbchenförmigen Bazillen, die alles aufsoten, um von des Dichters Herz Besitz zu ergreifen. Die alles, daranfetzten, um mit den Stäbchen die Herrschaft zu übernehmen.

Das Herz jedoch wollte sich nicht unterkriegen lassen. Wollte ebenfalls auf dem wahren Weg einherschreiten. Wollte um sich strahlenden Zauber verbreiten. Wollte mit seinem Lodern neue Proletenherzen entflammen.

Und das Herz strebte auf dem wahren Weg dahin. Ging und ging, immer weiter und weiter, vorwärts und vorwärts, zwischen den vielen Leuchten. Auf dem Weg erscholl eine mächtige, alles umfassende Melodie. Millionen Menschenherzen taten sich auf, Millionen von Proleten entdeckten den wahren Weg. Und das Herz strebte dahin und leuchtete. Des Dichters Herz.

Es schlug ein Schnippchen der Häßlichkeit, dem Eiter, den roten Stäbchen. Ging vorwärts, immer vorwärts.

Kümmerte sich nicht darum, daß eines Tages die eitrige häßliche Hülle in den Straßengraben stürzen und nur eines übrigbleiben wird — das strahlende Menschenherz.

. . . Der Straßenkehrer fegte die häßlichen Eiterstücke zusammen . . . aber des Dichters Herz flatterte weiter. Dessen Glanz vermochte der Straßenkehrer nicht fortzuschaffen, denn die Umrisse des Herzens blieben erhalten, und es leuchtete zusammen mit den übrigen Kämpchen auf dem wahren Weg.

Ein Kampfbündnis der deutschen Bauern mit den russischen Rotarmisten

Moskau, Anfang Oktober.

Die in Moskau stattfindende Landwirtschaftliche Ausstellung hat auch zahlreiche deutsche Bauerndelegierte hergeführt. Vertreter verschiedenster bedeutender Bauernorganisationen sind in den letzten Tagen des Septembers in Moskau eingetroffen. Die in Moskau lebenden politischen Emigranten haben es sich natürlich nicht nehmen lassen, diese deutschen Bauern, die bereit sind, Seite an Seite mit der deutschen Arbeiterschaft die Revolution zu erkämpfen, auf russischem Boden willkommen zu heißen.

In den Räumen des Moskauer Kommunistenklubs fanden an drei Abenden Vorträge und Begrüßungen der Bauerndelegierten statt, die teilweise zu stürmischen Ovationen und Verbrüderungsfeiern wurden. Der erste dieser denkwürdigen Abende war eine allgemeine Begrüßung der aus Deutschland und dem russischen Wolgagebiet erschienenen Bauernvertreter. Dem folgte ein Vortragsabend des Genossen Rau, der als Sekretär der Parteizentrale einen instruktiven Vortrag über die deutsche Bauernbewegung gab. Hierzu waren vom Klub auch die Arbeiterkorrespondenten der „Prawda" hinzugezogen worden, die dann in den Fabriken über den gegenwärtigen Stand der deutschen Bauernbewegung berichten werden.

Den Höhepunkt fanden die Moskauer Bauerveranstaltungen aber in einem Meeting, zu dem auch Vertreter der Kreml-Kursanten (Offiziersschule) erschienen waren. An diesem Abend gingen naturgemäß die Wellen der Verbrüderung und Revolutionsbegeisterung sehr hoch. Es sprachen Vertreter der russischen und der deutschen Bauernschaft, unter letzteren auch ein alter Bauernführer, der in Deutschland weit über 100 000 Bauern hinter sich hat, ein Vertreter der in Moskau lebenden politischen Emigranten, die mit Ungeduld darauf warten, wieder an die revolutionäre Kampffront zurückkehren zu dürfen und ein junger Roter Offizier, der voll glühender Begeisterung erklärte, daß nicht nur die Roten Offiziere, nein, die ganze Rote Armee darauf brenne, mit aufgerollter Sturmfahne in den Straßen Berlins die Revolution zu erkämpfen und sie am Rhein und an der Ruhr gegen den französischen Imperialismus zu verteidigen.. Alle diese Ansprachen sahen nur das eine Ziel: engstes Bündnis zwischen deutscher und russischer Bauern- und Arbeiterschaft, todbereite Bruderschaft zwischen Roter Armee und den revolutionären Kämpfern Deutschlands.

Auf die Ansprachen folgte ein Konzertabend, wo sich die jungen Kreml-Offiziere als Künstler zeigten mit einem Programm, das erstklassige Leistungen aufwies. Unter den deutschen Bauerndelegierten befand sich manch einer, der über die künstlerischen Fähigkeiten dieser russischen Bauernsöhne sehr erstaunt war. Denn diese Kreml-Kursanten, die die Elite des Roten Offizierkorps bilden, sind nicht die Herrensöhnchen einer degenerierten Aristokratie, sondern derbe, feste Bauernjungens, voll flammender Begeisterung mit hellen, funkelnden Kampfaugen, von einem revolutionären Stolz und zugleich einer angenehmen Bescheidenheit und Ruhe. Solche Offiziere kann eben nur eine Rote Volksarmee haben. Das werden die deutschen Bauern mit nach Hause genommen haben, daß es Zeit wird, daß sich auch das deutsche Arbeiter- und Bauernvolk eine Rote Armee schafft, die ebenso tapfere und gesunde Rotarmisten und Kommandeure haben soll, wie die russische Armee. Und wenn den Reden, die auf dem Moskauer Bauernabend von den deutschen Bauernführern gehalten wurden, erst die Taten folgen, dann wird es auch bald in Deutschland eine Rote Armee geben, in der die tapfersten Söhne der Bauern und Arbeiter Kommandeure sein werden. Das Kampfbündnis, das im Moskauer Kommunistenklub zwischen den deutschen Bauern und den russischen Rotarmisten geschlossen wurde, ist eine Garantie mehr, daß die Stunde der Revolution in Deutschland bald schlagen und daß diesmal die Revolution eine siegreiche sein wird.

Ehrenfried Wagner.

★ Was sollen wir lesen? ★

Sämtliche hier aufgeführten Bücher und Zeitschriften sind zu beziehen in Halle: Bezirks-Zentralbuchhandlung der Produktiv-Genossenschaft, Berchenfeldstraße 14, in deren auswärtigen Filialen, sowie in der Volksbuchhandlung, Hertz 42/44; Magdeburg: Buchladen der „Tribüne", Jakobstraße 4.

Vom Bürgerkrieg

Im Verlage der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten Berlin erschienen soeben zwei hochaktuelle Schriften unter dem Sammeltitel: „Vom Bürgerkrieg."

Das Heft 1 enthält die grundsätzlichen Arbeiten von Lenin über Marxismus und Kommunismus und ferner Auszüge aus der viel zu wenig bekannten Schrift von F. Gussow: „Die Lehren des Bürgerkrieges." Dann einen kurzen, aber sehr klaren Auszug aus der Arbeit eines Bürgerlichen über die Kämpfe im Ruhrgebiet zur Zeit der Kapp-Rebellion, und zwar aus der Arbeit von Colm: „Zur Soziologie des Ruhraufstandes." Vorangestellt ist der erste Broschüre der Aufruf der Zentrale „An die Partei".

Das zweite Heft enthält eine Arbeit von Lenin und zwar: „Die Ratschläge eines Fremden" mit einführender Vorbemerkung. Weiter von Lenin die in der Parteipresse bereits veröffentlichte Schrift: „Der Partisanenkrieg." Außerdem eine kurze Studie über die „Rote Garde" und endlich von Pjatitsky: „Ein Abriß über die Eisenbahner während der russischen Revolution." Außer den Erfahrungen der deutschen Kämpfe enthält Heft 2 noch einen kurzen Ueberblick über den Kampf im Lennawerk.

Der Inhalt zeigt jedem Genossen, daß es sich bei diesen Schriften um eine äußerst zeitgemäße Aufsatzsammlung handelt, die tatsächlich eine Massenverbreitung verdient. In Rücksicht darauf sind die Preise vom Verlag so niedrig festgesetzt, daß sie jeder Arbeiter erwerben kann. So beträgt die Grundzahl 20 Pfennig und, mit der niedrigen Schlüsselzahl der Partei multipliziert, nur 6 Millionen Mark. Die Partei kann durch die schriftliche Agitation ihr Ziel nur dann erreichen, wenn solche Schriften wie die „Vom Bürgerkrieg" nicht nur in den Kreisen der Partei abgesetzt werden, sondern darüber hinaus an viele Arbeiter gelangen, vor allem an die Arbeiter der USPD. Es ist also Pflicht eines jeden Genossen, gerade in politisch bewegten Zeiten den Vertrieb unserer Literatur in weitestem Maße zu unterstützen.

Literatur der Hilf. Die zweite Neuerscheinung des Verlages der Internationalen Arbeiter-Hilfe, eine Broschüre von Olga Kamenoff: **„Das internationale Proletariat und die Hilfe für Sowjet-Rußland"**, ist soeben fertiggestellt. In dieser 32 Seiten starken illustrierten Schrift entrollt sich ein Bild internationaler Solidarität und gegenseitiger Hilfe. In großen Zügen wird der Unterschied zwischen proletarischer Brüderlichkeit und bourgeoisnationalistischer Wohltätigkeit scharf gekennzeichnet. Reichhaltiges statistisches Material und 11 Photographien von den Hilfsaktionen der Länder, von Konferenzen und von der produktiven Wirtschaftshilfe in Rußland sind den Schilderungen beigegeben. Der Preis dieser Broschüre beträgt ebenso wie bei der kürzlich erschienenen Broschüre „Kinderheime und Arbeitsschulen in Sowjet-Rußland" 0,50 Mark mal Schlüsselzahl des Buchhandels.

Das kommunistische Buch kann jedermann erwerben. Die Schlüsselzahl des Börsenvereins ist 800 Millionen, die Schlüsselzahl der kommunistischen Verlage dagegen nur 30 Millionen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231015-16/fragment/page=0008

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 14. bis 20 Okt. 150 Mill. Mk., durch die Post 30 Mill. Mk. ohne Zustell.-Gebühr. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft i. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 1045. 1047. 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 und 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 28 Mill. Mk. für den Millimeter Höhe u. Spalte; 120 Mill. Mk. f. Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 68. Fritz Kroß, Halle.

Einzelpreis 30 Mill. Mk. | Montag, den 15. Oktober 1923 | 3. Jahrgang | Nr. 235-241

Graf Westarp, deutschnationaler Junker, im Reichstag am 8. Oktober 1923:

„Deutschland droht bei gefüllten Scheunen zu verhungern!“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019231015-16/fragment/page=0009